:antifaschistische nachrichten Nr. 13

g 3336 30.6.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Kein Nazi-Aufmarsch in Gießen!

Für den 16. Juli haben Nazis der NPD und der JN einen bundesweit beworbenen Aufmarsch durch Gießen angekündigt. „Das System ist am Ende, wir sind die Wende“ ist ihre demagogische Losung, mit der sie berechtigte Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Zuständen für ihre rassistischen, antisemitischen, antiislamischen und nationalistischen Ziele mobilisieren wollen.

Mehrere Gruppierungen haben bereits angekündigt, dass es am 16. Juli keinen Naziaufmarsch in Gießen geben wird. Er wird blockiert werden. FaschistInnen blockieren ist unser Recht, das wir uns von niemandem absprechen lassen. Denn Faschismus – das ist menschenverachtende und mörderische Ideologie und politische Praxis, und keine „Meinung“, die Anspruch auf Meinungsfreiheit hätte.

Die Anti-Nazi-Koordination ruft alle AntifaschistInnen der Region dazu auf, sich an den Blockadeaktionen gegen den Gießener Faschistenaufmarsch aktiv zu beteiligen. Was in Dresden geht, geht auch in Gießen: Masse und Breite einerseits, Entschlossenheit, Beweglichkeit und Kreativität andererseits. Wir streben an, auf dieser Basis gemeinsam mit möglichst allen Frankfurter AntifaschistInnen in Gießen aufzutreten, um auch in Gießen unseren Beitrag leisten zu können.

http://giessenbleibtnazifrei.blogsport.de

Haltet diese Seite im Blick, informiert Euch regelmäßigund bereitet Euch auf den 16. Juli vor!

frankfurter info, 25.6.2011 ■

Aus dem Inhalt:

Die falsche Freiheit – Bayrisches Pendant von „Die Freiheit“ gegründet 4

Die Abwertung der Anderen – Eine Studie der Friedrich Ebert-Stiftung 7

Deutsche Stimme Pressefest erneut im Landkreis Görlitz

von Peter Conrady und Jens Thöricht

Der Landkreis Görlitz in Sachsen kann am ersten Juli-Wochenende mit mehreren Tausend ungebetenen Besuchern rechnen. Mehr als 2.500 Neonazis werden bei dem so genannten „Pressefest“ der NPD-Zeitung Deutsche Stimme in der Nähe von Niesky bei Görlitz erwartet.

Die Wahl des Ortes ist kein Zufall, denn das Gelände gehört zum „Niederschlesischen Feriendorf“, hinter dem der langjährig aktive Neonazi Helge R. steckt. Betrieben wird das weitläufige „Feriendorf“ offiziell von seiner Ehefrau Änne. In der Öffentlichkeit tritt jedoch Helge R. als Ansprechpartner in Erscheinung.

Rechtsextreme Aktionen trotz Warnungen

Laut der Internetseite NPD-Blog.INFO hatte Alrik Bauer, Pressesprecher des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, bereits 2002 dem Mitteldeutschen Rundfunk gesagt: „Wir können davon ausgehen, dass die kommunalen Verantwortlichen, die regionalen Verantwortlichen durch unsere frühzeitige Information zu diesem Zeitpunkt zumindest in Kenntnis gesetzt waren, dass dort rechtsextremistische Aktivitäten in dem Niederschlesischen Feriendorf ablaufen und auch in Kenntnis gesetzt waren über die rechtsextremistischen Bezüge der Betreiber.“[1]

Doch die Hinweise fruchteten offenbar nicht, denn das Ehepaar hat bis heute immer mehr Grundstücke an dem See erworben beziehungsweise gepachtet. Mittlerweile bewirtschaftet es fast alle an den See angrenzende Flächen. Laut der Internetseite des Niederschlesischen Feriendorfes werden dazu mehrere (Ausflugs-) Gaststätten, Ferienbungalows, Campingplätze und mehr betrieben.

Obwohl Helge R. anfangs im Landkreis Görlitz politisch nicht in Erscheinung trat, kandidierte er bei der Kommunalwahl 2008 für die rechtskonservative „Deutsche Soziale Union“ (DSU). Damals gab er an, dass er Zollbetriebsinspektor im Dienst des Zolls ist. [2]

In den 90er Jahren war er aktiv in verschiedenen revanchistischen Vereinigungen, die einer Wiederansiedlung deutscher Siedler in ehemals ostpreußischen Gebieten das Wort redeten. Vor einiger Zeit stand am Briefkasten von R. in Görlitz auch die Gesellschaft zur Siedlungsförderung in Trakehnen mbH.

Feste feiern im Feriendorf

Im Sommer 2009 fand das erste Mal ein NPD-Fest auf dem Anwesen bei Niesky statt, im Juni desselben Jahres folgte der so genannte „Sachsentag“ der Jungen Nationaldemokraten (JN). Gäste hatten jedoch schon vorher rechtsextreme Veranstaltungen im „Feriendorf“ beobachtet, die zumindest teilweise Ähnlichkeiten mit Ferienlagern der mittlerweile verbote-

Fortsetzung Seite 3

Erneuter Anwaltswechsel

Regensburg. Kurz vor Beginn der auf den 4. Juli terminierten Berufungsverhandlung vor dem Regensburger Landgericht (*siehe AN 12-2011*) hat Bischof Williamson von der umstrittenen „Priesterbruderschaft St. Pius X." erneut seinen Anwalt gewechselt. Nach Informationen des Heilbronner Strafverteidigers Norbert Wingerter – Williamsons dritter Anwalt – habe es unterschiedliche Auffassungen über die Verteidigungsstrategie des wegen Holocaust-Leugnung zu einer Geldstrafe verurteilten Williamson gegeben. Dabei scheint Williamson auf dem Standpunkt zu beharren, man könne den Holocaust in Zweifel ziehen. Ein in Frankfurt am Main praktizierender Honorarprofessor der Universität Marburg soll nun neuer Anwalt von Williamson sein. Fraglich ist, ob der erneute Anwaltswechsel zu einer Verzögerung der Berufungsverhandlung führen wird. *hma* ■

„Marsch für das Leben" in Berlin

Berlin. Der „Bundesverband Lebensrecht", Dachverband verschiedener „Lebensschützer"-Organisationen, kündigt für den 17. September erneut einen „Marsch für das Leben" in Berlin an. Unter dem Motto „Ja zum Leben – für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie" soll die Veranstaltung um 13 Uhr mit einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt beginnen. Anschließend geht es dann zur St.-Hedwigs-Kathedrale am Bebelplatz, wo um 15.30 Uhr ein Ökumenischer Gottesdienst stattfinden soll. *hma*■

Gedenkfeier am Schliersee

Schliersee. Glaubt man dem Schreiber eines Leserbriefs in der „Deutschen National-Zeitung", hat Ende Mai wieder eine Freikorps-Gedenkfeier am oberbayrischen Schliersee stattgefunden. Organisiert hatte die Veranstaltung zum 90. Jahrestag der Erstürmung des Annabergs in Oberschlesien der Traditionsverband des reaktionären „Freikorps Oberland" und einer Untergliederung der „Landsmannschaft der Oberschlesier". Allerdings mussten sich die Veranstalter in diesem Jahr auf „ein stilles Innehalten und eine stille Kranzniederlegung beschränken", heißt es verärgert in dem Leserbrief. Eine Gedenkansprache mit musikalischer Begleitung sei auf Grund „von Auflagen und politischem Druck" nicht durchführbar gewesen. Erfreut äußert sich der Schreiber des Leserbriefs über die Teilnahme vieler junger Leute, von denen einige den Willen geäußert hätten, künftig den Traditionsverband des „Freikorps Oberland" unterstützen zu wollen *hma* ■

Proteste gegen „Bilderberg-Konferenz"

Schweiz/St. Moritz. In der extremen Rechten kursieren seit vielen Jahren allerhand Verschwörungsmythen rund um die so genannte „Bilderberg-Konferenz", einem jener zahlreichen Klüngeltreffen bürgerlicher Politiker und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. In diesem Jahr machten sich führende Politiker der rechtskonservativen Schweizer SVP auf, um an einer von ihrem Jugendverband, der „Junge SVP", mitgetragenen Protestveranstaltung gegen die „Bilderberg-Konferenz" in St. Moritz teilzunehmen. Unter dem Motto „Freie Schweiz wohin?" sprachen dort u.a. die SVP-Nationalräte Lukas Reimann, 2009 Unterstützer des Initiativkomitees „Gegen den Bau von Minaretten" in der Schweiz, und Pirmin Schwander, Präsident der nationalneutralistischen „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz" (AUNS). Einen musikalischen Beitrag leistete die umstrittene Duisburger Band „Die Bandbreite". Teilnehmer der Protestveranstaltung gegen die „Bilderberg-Konferenz", die auch von dem für Verschwörungsmythen aller Art recht offenen Weblog „Schall und Rauch" mitgetragen wurde, waren u.a. Jürgen Elsässer von der „Volksinitiative gegen das Finanzkapital" und Oliver Janich, Bundesvorsitzender der neoliberalen Kleinpartei „Partei der Vernunft". Eigens aus Italien angereist war Mario Borghezio, EU-Parlamentarier der rassistischen „Lega Nord". Sein Versuch, unangemeldet an der „Bilderberg-Konferenz" teilzunehmen, scheiterte. Borghezio wurde in Polizeigewahrsam genommen. *hma* ■

Kriminalisierung von Antifaschisten nach Neonazidemonstration in Remagen

Bad Neuenahr-Ahrweiler. Am 12.5.2011 wurde vor dem Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler ein 23jähriger Antifaschist ohne Beweise verurteilt: Zu 18 Monaten Haft auf Bewährung, 150 Sozialstunden, einer Reihe schikanöser Auflagen und einer Zahlung von 1500,- Schmerzensgeld.

Der Antifaschist soll im Zusammenhang mit einer Gegendemo gegen den Naziaufmarsch in Remagen am 20.11.2010 einem Polizeibeamten eine Platzwunde am Kopf zugefügt haben. Es gibt aber außer der Aussage des verletzten Polizisten keine Zeug_innen, die dies bestätigen. Der Polizist selbst hat die Tat noch nicht einmal gesehen, sondern meint lediglich, dem Täter Pfefferspray ins Gesicht gesprüht zu haben. Da der angeklagte Antifaschist tatsächlich Pfefferspray ins Gesicht bekommen hatte, ließ er sich im Krankenhaus behandeln und wurde darauf hin verhaftet.

Der ermittelnde Oberstaatsanwalt J.-W. Schmengler tönte schon bei der Haftprüfung am nächsten Tag, dass er ihn und seine „Freunde allesamt in den Knast" bringen werde. Beim Prozess wurden der Angeklagte und sein Verteidiger vom Staatsanwalt beschimpft und Beobachter_innen im Publikum Schreibblöcke und Stifte abgenommen. Ein Entlastungszeuge, der aussagen konnte, dass der Polizeibeamte mit Pfefferspray und Schlagstock gegen die Demonstrant_innen vorgegangen war, wurde wegen angeblicher Falschaussage in Handschellen aus dem Gericht abgeführt. Ihm droht nun ebenfalls ein Gerichtsverfahren.

Zusätzlich stehen Gerichtsverfahren wegen des Vorwurfs des Landfriedensbruchs bzw. der gefährlichen Körperverletzung gegen mindestens 6 weitere Personen an. Die Prozesstermine sind am 25.7. und 15.8.2011 (Amtsgericht Sinzig). Leider ist nicht auszuschließen, dass es auch dort zu ähnlich skandalösen Urteilen kommen wird und Berufungsverfahren notwendig werden. Auf die Angeklagten kommen hohe Kosten zu.

In der Region Rhein-Ahr gibt es mit dem ‚Aktionsbüro Mittelrhein' eine der aktivsten und gefährlichsten Nazigruppierungen in Westdeutschland. Trotzdem wird dringend notwendiges antifaschistisches Engagement kriminalisiert.

Verurteilungen ohne Beweise und Zeugeneinschüchterungen dürfen nicht hingenommen werden!

Zeigt Solidarität – Spendet Geld!

Quelle: http://remagensoli.blogsport.de/ ■

nen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) aufwiesen. Beispielsweise bei einem Osterlager der JN im Frühjahr 2009 wurden paramilitärische Übungen durchgeführt. Vor Ort, bemängeln KritikerInnen, spiele der rechtsextreme Hintergrund keine Rolle: so thematisiere die Lokalpresse R. „in diversen Artikeln immer wieder als engagierten Tourismus-Investor. Eine Auseinandersetzung mit

ihm und seinen geschichtsrevisionistischen und revanchistischen Aktivitäten findet schlicht und einfach nicht statt“.

Pressefest mit ausländischen Neonazis und Rechtsrockbands

Derweil läuft die Mobilisierung für das „Pressefest“ in Ostsachsen weiter. Als wichtigste Neuerung soll es 2011 über zwei Tage stattfinden und damit nationalen Festival-Charakter mit Camping erhalten. Wie gewohnt soll es eine Mischung zwischen politischen Reden, Auftritten von RechtsRock-Bands, Hüpfburg und Kinder-Programm bieten. Die Veranstalter kündigen insgesamt acht Redner an, drei von ihnen aus dem Ausland. Darunter befinden sich Manuel Andrino (Anführer der FE/La Falange aus Spanien), George Dimitroulias, Leiter der internationalen Abteilung der Bewegung „Golden Dawn“ aus Griechenland und Illes Zsolt, der dem ungarischen Blood& Honour-Ableger „Vér és Becsület Kulturális Egyesület“ (dt. „Kulturverband Blut und Ehre“) zugerechnet werden kann.

Die Veranstalter kündigen ebenfalls zwei Vorträge von Dr. Reinhold Oberlercher und Dr. Pierre Krebs an. Beides sind keine Unbekannten. Oberlercher veröffentlichte am 15. Oktober 2000 gemeinsam mit Horst Mahler und Uwe Meenen den 13-seitigen antisemitischen Text „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“. Im Zusammenhang mit dieser Publikation wird am 11. Juni 2001 bei ihm eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Am 18. September 2005 war er Direktkandidat der NPD zum Bundestag im Wahlkreis Main-Spessart.

Krebs trat im Mai 2004 als Redner beim „2. Freiheitlichen Kongress des DS-Verlages“ (DS 4/04, S.10) auf. Ende April 2006 referierte er bei der Jahrestagung der Gesellschaft für freie Publizistik in Bayreuth. Am 8. Juni 2006 hielt Krebs den Vortrag „Strategie für die Neue Kultur“ bei der Tagung „Die Zukunft der weißen Welt“ der Synergies Européennes in Moskau.

Doch die eigentliche Hauptattraktion des DS-Events sind weder Redner noch Verkaufsstände: die Besucherzahl hängt vor allem von den auf dem Fest auftretenden Bands ab. Die Liste für das Wochenende lässt einen regen Zulauf an den sonst idyllischen Stausee befürchten. Neben dem obligatorischen Frank Rennicke erwarten die Veranstalter u.a. die in Nazikreisen höchst populären Bands „Die Lunikoff Verschwörung“, „Oidoxie“ und „Rotte Charlotte“.

Die Lunikoff Verschwörung ist eine Rechtsrock-Band aus dem Raum Berlin. Sie wurde von Ex-Landser-Sänger Michael Regener (Pseudonym „Lunikoff“) im Jahre 2004 gegründet, nachdem sich seine Band aufgelöst hatte.

Oidoxie wurde im Oktober 1995 gegründet. Die Band trat bei den ersten Alben mit Titeln wie Weiß & Rein, oder Treue und Ehre offen nationalsozialistisch auf. So heißt es in einem Lied auf dem Album Schwarze Zukunft: „Wir spielen Rechtsrock […] für's Vaterland. […] Wir sprengen die Ketten, und schlagen uns frei. Wir kämpfen für Deutschland, und bleiben dabei. […] Und schreien immer wieder: Heil, heil!“ In anderen Liedern beschwören sie den Rassenkrieg oder singen wie in Ruhm und Ehre über die Kriege der deutschen Wehrmacht.

Die Neonazi-Band „Rotte Charlotte“, deren Namen auf das „Verrotten“ der früheren Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, anspielt, zählt ebenfalls derzeit zu den in der Szene am angesagtesten.

Seit der ersten Veranstaltung mit ca. 1500 Neonazis im Jahr 2001 hat sich das „Pressefest“ zu einem der größten Treffen der rechtsextremen Szene entwickelt. Bei der bislang letzten Veranstaltung 2010 im Niederschlesischen Feriendorf wurden knapp 1.500 Neonazis gezählt. Damals musste das Treffen abgebrochen werden, da der Landkreis vom Hochwasser überrascht wurde und Katastrophenalarm ausgelöst wurde.

Quellen:
1 http://npd-blog.info/2010/07/29/npd-pressefest-300/
2 http://www.sachsen-gesetze.de/shop/saechsabl_sonder/2008/5/read ■

Polizei unterbindet HDJ-Pfingstlager der NPD-Jugendorganisation

NIESKY. Am Quitzdorfer See in Niesky, einer kleinen sächsischen Gemeinde unweit der Grenze zu Polen, wollten mehrere Rechtsextremisten ein sogenanntes Pfingstlager durchführen. Nicht zum ersten Mal. Fast jedes Jahr kam es in der Vergangenheit zu solchen Treffen, organisiert wurden sie von dem Verband „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ).

Im März 2009 griff der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble jedoch durch und verbot den Verein, da dieser „die Heranbildung einer neonazistischen ‚Elite‘“ verfolge. Wie wichtig den Neonazis die Förderung des Nachwuchses jedoch ist, erkennt man daran, dass es seitdem immer wieder Versuche gegeben hat, ähnliche Jugendlager zu organisieren, fast immer konspirativ. Die Polizei konnte die Veranstaltung am vergangenen Freitag jedoch unterbinden; mehr als 70 Platzverweise seien ausgesprochen worden, meldet die Polizeidirektion Oberlausitz-Niederschlesien. Zudem sei auch verhindert worden, dass Kinder zu der „HDJ“-Veranstaltung anreisten.

Die Organisatoren des Pfingstlagers kamen aus den Reihen der „Jungen Nationaldemokraten“, die sich, nachdem die Polizei ihre Veranstaltung verhindert hatte, kurzerhand dem Sommerfest der sächsischen NPD-Fraktion anschloss. Die NPD spricht in einer Mitteilung von einem „JN-Pfingstlager“, welches der „staatliche Repressionsapparat“ fälschlicherweise als HDJ-Lager angesehen hätte.

Das Pfingstlager sollte auf dem Gehöft des „Niederschlesischen Feriendorfs“ stattfinden. Dort gab es in der Vergangenheit bereits mehrere Events der NPD oder deren Jugendorganisation. Allzu lang muss der Eigentümer jedoch nicht auf die nächste Neonazi-Truppe warten. Am ersten Juli-Wochenende findet dort das „NPD-Pressefest“ der „Deutschen Stimme“ statt – zu dem angepriesenen Festival werden mehrere Tausend Besucher erwartet. Und auch dort wird der Nachwuchs gern gesehen: Man wirbt mit einem abgegrenzten Kinder- und Familienbereich, der ausschließlich den Familien vorbehalten ist.

Quelle: Endstation rechts, 14.6.11 ■

Informationspfusch beim Kampf gegen rechts

„Das Bundesinnenministerium verlässt sich bei der Bekämpfung der Neonazis vorrangig auf deren eigene Angaben“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke. Sie verweist auf die Antwort

Gesehen bei einer Anti-Nazi-Demo in Duisburg, 19.6.2011, Foto: K. Richert

der Bundesregierung zu einer Nachfrage zu falschen Angaben zu Teilnehmerzahlen bei den neofaschistischen Aufmärschen in Dresden, die jedes Jahr im Februar stattfinden. Die Abgeordnete weiter: „Regelmäßig erkundige ich mich in Kleinen Anfragen nach Naziaufmärschen – und schon mehrfach hat die Bundesregierung in ihren Antworten ausgerechnet die größten und bekanntesten Naziaufmärsche in Dresden schlichtweg ‚vergessen'. Glaubte man der Regierung, hat es in den Jahren 2005 bis 2007 diese Naziaufmärsche nicht gegeben, in diesem Jahr nur einen der beiden an zwei aufeinander folgenden Wochenenden. Darüber hinaus sind die angegebenen Zahlen dann auch noch falsch: am 19. Februar seien 1.000 Neofaschisten in Dresden unterwegs gewesen. Tatsächlich waren es 3.000, wie auch die zuständigen Behörden in Sachsen feststellten.

Auf Nachfrage hat die Regierung nun „die aufgetretenen Unstimmigkeiten" eingeräumt und will den Abgleich ihrer eigenen Erkenntnisse mit denen der Versammlungsbehörden der Länder überprüfen. Von Seiten des BMI heißt es dazu, man gehe immer von den erwarteten Teilnehmerzahlen der Anmelder aus und korrigiere sie erst, wenn behördlich andere Zahlen bekannt würden. Warum die Zahlen aus Sachsen im Bundesamt für Verfassungsschutz noch nicht bekannt waren, geht aus der Antwort nicht hervor. Die Bundesregierung macht aus dem Kampf gegen Neofaschismus eine bürokratische Posse. Während die Nazis marschieren, wiehert im Ministerium der Amtsschimmel. Diese Art der staatlichen Informationspolitik unterstreicht einmal mehr die Relevanz unabhängiger antifaschistischer Arbeit. Diese wird von der Bundesregierung allerdings mehr gegängelt als geschätzt, wie die unsägliche „Extremismusklausel" zeigt."

Berlin, den 14. Juni 2011
Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Die falsche Freiheit

Ein Bericht von Robert Andreasch bei www.aida-archiv de, 7.6.11

Am Samstag, 4. Juni 2011, hat sich in Unterhaching der bayerische Landesverband des rechtspopulistischen Sammelbeckens „Die Freiheit" (DF) offiziell konstituiert. Die Verantwortlichen der oberbayerischen Stadt hatten den antimuslimischen Aktivist_innen der DF die gemeindeeigene „Hachinga-Halle" vermietet, die Öffentlichkeit jedoch nicht über das rechte Treffen in Kenntnis gesetzt. a.i.d.a. informiert über die Parteineugründung und ihre Veranstaltung.

Die falsche Freiheit

Am 29. Oktober 2010 gründete der ehemalige Berliner CDU-Abgeordnete René Stadtkewitz, Vorsitzender des Berliner Landesverbands der antimuslimischen „Bürgerbewegung Pax Europa" (BPE) zusammen mit Marc Doll sowie dem ehemaligen Bundesvorstandsmitglied der „Piratenpartei", Stefan „Aaron" König, die Partei „Die Freiheit". Der CDU-Hinterbänkler Stadtkewitz war bis dahin nur durch eine Kampagne gegen einen Berliner Moscheebau einigermaßen bekannt geworden. Aufmerksamkeit erzielte die Parteineugründung DF durch eine von 500 Menschen besuchte Saalveranstaltung mit dem niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders in Berlin. Dessen rassistischer „Partij voor der Vrijheid" (PVV) und der „Schweizerischen Volkspartei" steht die DF näher als beispielsweise der österreichischen FPÖ oder dem flämischen „Vlaams Belang", die von der sonstigen deutschen extremen Rechten gern zum Vorbild genommen werden.

Mobilisierende Leidenschaften

Inhaltliche Positionen der DF sind nur vage deutlich geworden und oft widersprüchlich geblieben. Der Politikwissenschaftler Fabian Kunow beschrieb die bisher bekannte Agenda der DF als „Mischmasch aus christlich-völkischen Positionen, Law and Order-Vorschlägen, wirtschaftsliberalen Ansätzen, gespickt mit populistischen Allgemeinplätzen". Ende April veröffentlichte die DF ihr „Münchner Thesenpapier zur Zuwanderungs- und Integrationspolitik", für das der Münchner Beamte Christian Jung verantwortlich zeichnet (der im Kreisverwaltungsreferat bis vor Kurzem ausgerechnet für „aufenthaltsbeendende Maßnahmen" und die Erteilung von „Aufenthaltsgenehemigungen" zuständig war) und das die bayerischen DF-Aktivist_innen Simon Zöllner, Robert Seidl, Carola Menneken, Wolfang Hößl und Tim Homuth ausgearbeitet hatten. In diesem Papier wird der Wunsch nach rassistischer Ausgrenzung und „Ausschaffung" bzw. „Ausweisung überaus deutlich:

„Es gibt keine moralische Verpflichtung, wonach Deutschland eine besonders große Anzahl an niedrig qualifizierten Zuwanderern und Wirtschaftsflüchtlingen aufnehmen muss". Der Europäische Gerichtshof, manchmal letztes Mittel gegen die rassistische Abschottungspolitik Deutschlands, soll abgeschafft werden. Spießer, die den Objekten ihres Hasses gern „Geh arbeiten" entgegenrufen, dürften sich in den „Thesen" der DF wiederfinden: „Integrationskurse durch Migranten-Vereinigungen, die kulturell, religiös oder national ausgerichtet sind, sollen vom deutschen Staat nicht mehr gefördert werden. Integration erfolgt primär durch Arbeit (...)".

Regina Wamper, Wissenschaftlerin am „Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung" (DISS), brachte in einem Artikel in der aktuellen Ausgabe des „Antifaschistischen Infoblatts" (AIB) prägnant die inhaltliche Widersprüchlichkeit der rechtspopulistischen Partei einerseits und deren Konzentration auf die Chiffre „Islam" andererseits auf den Punkt: „Es geht weniger um die Kohärenz extrem rechter Ideologien, als um das, was der Faschismusforscher Robert O. Paxton im Bezug auf den historischen Faschismus als ‚mobilisierende Leidenschaften' bezeichnete. Als mobilisierend gilt manchen Rechten momentan der antimuslimische Rassismus offenbar mehr als der Antisemitismus. Der Islam wird dabei als weltumspannende, universelle Bedrohung inszeniert und mit einigen Topoi aufgeladen, die zuvor in Zusammenhang mit dem europäischen Antisemitismus bekannt wurden. Er gilt als strategisch infiltrierend, als völkische Einheit zerstörend, als machtvoll und universalistisch.

Dass die Feindbildproduktion gegen den Islam durchaus geeignet ist, rassistische Stimmungen weit über die Rechte hinaus zu produzieren, haben nicht zuletzt die Plebiszite in der Schweiz gezeigt."

„Direkte Demokratie"

Überraschend mag bei oberflächlicher Betrachtung erscheinen, dass sich die Aktivist_innen der DF von „Extremisten" verbal abgrenzen und sich die Funktionäre keineswegs als Demokratiegegner, sondern als „volksnahe" Kritiker inszenieren und, da die Bundesrepublik Deutschland ihnen noch nicht demokratisch genug erscheint, mehr Elemente direkter Demokratie (z. B. Plebiszite) einfordern.

Ein Blick in die Geschichte faschistischer Gruppierungen, darauf wies der Politikwissenschaftler Thomas Wagner in

einem 2009 erschienen, vielbeachteten Artikel hin, zeigt jedoch: „Die verhasste Weimarer Republik bewerteten schon manche Autoren der sogenannten Konservativen Revolution nicht etwa als zu demokratisch, sondern als nicht demokratisch genug“, sie stellten sich zum Teil „weniger als Feinde der Demokratie denn als Verfechter ihrer ‚wahren‘ Prinzipien dar“. Der faschistische Staatsrechtler Carl Schmitt schrieb von einer „nicht nur im technischen, sondern auch im vitalen Sinne unmittelbaren Demokratie“ und definierte „Demokratie“ so, wie es sich heute bei „Die Freiheit“, NPD & Co. anhört: „Demokratie (als Staatsform wie als Regierungs- oder Gesetzgebungsform) ist Identität von Herrscher und Beherrschten, Regierenden und Regierten, Befehlenden und Gehorchenden“. Thomas Wagner erklärte somit, warum rechtspopulistische und neonazistische Parteien gern „mehr Demokratie“ einfordern: „Das Parlament, Parteien, Gewerkschaften oder andere Organisationen sind in dieser Perspektive Störfaktoren, die der angestrebten Einheit von Volk und Regierung nur im Wege stehen (...) Die basisdemokratische Rhetorik der Rechten entpuppt sich bei näherem Hinsehen nicht als egalitäres Projekt, sondern als pure Demagogie“.

Größen- und Verfolgungswahn

Der Politikwissenschaftler Kurt Lenk hat 1998 in seinem Aufsatz „Ideengeschichtliche Dimension rechtsextremen Denkens“ eben jene Gedankenwelt durch die Kernelemente „Größen- und Verfolgungswahn“ beschrieben. Die Aktivist_innen der DF aus München steigerten sich im Vorfeld ihrer Landesverbandsgründung geradezu idealtypisch in eine hemmungslose Selbstüberschätzung hinein: „Ein großes Ereignis wirft seine Schatten voraus“ lobten sie sich in Artikeln im rassistischen Weblog „Politically Incorrect“ selbst und bezeichneten das abgeschottete Treffen am Unterhachinger Freibad, noch bevor es überhaupt stattgefunden hatte, schon als „beispielloses Ereignis in der politischen Geschichte dieser Republik“.

Das Treffen der gerade einmal 54 bayerischen Vollmitglieder und einzelner Interessent_innen der hochtrabend „Die Freiheit“ genannten Kleinstpartei erinnerte auch in der Durchführung durchaus an Aktionen der extrem rechten Szene: Wochenlang wurde zwar reichlich Wirbel um die Veranstaltung gemacht, die angeblich in München stattfinden sollte, der Versammlungsort jedoch geheimniskrämerisch verschwiegen. Erst wenige Stunden vor Beginn, und dies auch nur einem ausgewählten Kreis gegenüber, wurde die Tagungslokalität bekannt gegeben: Unterhaching im südlichen Landkreis München. Der DF-„Pressebeauftragte“ Michael Stürzenberger (München) fürchtete dazu eine möglicherweise kritische Medienberichterstattung und verweigerte einem u. a. für den Bayerischen Rundfunk arbeitenden Journalisten die Presseakkreditierung. Stürzenberger ist dabei in „guter Gesellschaft“, zuletzt hatte NPD-Pressesprecher Klaus Beier jenen Journalisten nicht vom NPD-Bundesparteitag in Bamberg berichten lassen.

Die „Herrschaften der falschen Freiheit“

Unter dem Motto „Gegen die Herrschaften der falschen Freiheit“ hatte die Münchner Antifa NT „alle Antirassist_innen“ dazu aufgerufen, „gegen diese rassistische Parteigründungsveranstaltung zu protestieren“.

Auch an der Reaktion der Rechtspopulist_ innen auf die mehreren Dutzend autonomen Antifaschist_innen, die schließlich vor der „Hachinga-Halle“ demonstrierten, zeigte sich, aus welcher politischer Ecke bei der „Freiheit“ der Wind weht.

DF-Aktivist Alexander D. zog über den „linken Bazillus“ und über „ungewaschene Haare“ vom Leder, schließlich verglich er die Antifas mit dem „EHEC-Erreger“. In der Halle nahm ab 14.15 Uhr der fünfköpfige „Freiheit“-Bundesvorstand auf der Bühne Platz, neben René Stadtkewitz, Marc Doll, Yorck-Axel Mayer und Felix Strüning war auch der Berliner Karl Schmitt darunter, der vor wenigen Tagen noch die neonazistische NPD als „im demokratischen Spektrum“ liegend verortete und auf seiner Homepage ein rassistisches „Lied“ präsentierte:

„100.000 kleine Erdbewohner füllten Anträge aus / doch eins war klar, sie blieben dort und wollten nie mehr raus. 1 Million Erdbewohner hatten kaum etwas zu tun / und mit dem Geld vom fremden Staat, da ließ sich ganz gut ruh‘n. 100 Millionen Erdbewohner saßen noch in ihren Ländern / doch hatten Sie auch Hoffnung jetzt, dass ließ sich schließlich ändern“. Vor der Bühne nahmen die Mitglieder und sonstigen Interssent_innen Platz: Der DF-„Landesbeauftragte“ Christian Jung (München) betonte in seiner Begrüßungsrede, dass CSU-Mitglieder, „denen Parteiausschlussverfahren drohen“, unter den im Saal versammelten DF-Aktivist_innen seien: „Wir haben auch einige Helfer aus der CSU da“. Die meisten der Anwesenden entstammten jedoch den Kreisen der Münchner Aktivist_innen rund um das rassistische PI-Blog oder die „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE): Neben PI-Stammautor Michael Stürzenberger, der einst im Kreisverband München-West für die CSU aktiv war und PI-Stammfotograf Roland Heinrich waren auch Manfred und Christa Schwaller, führende Aktivist_innen bei PI und der „Bürgerbewegung Pax Europa“ in München darunter. Florian Euring, BPE-Flugblattverteiler und Stürzenberger zufolge als Administrator beim rassistischen PI-Blog tätig, bewachte die Eingangstür der „Hachinga- Halle“.

Stehende Ovationen für Rassismus

Als Hauptredner hatte die DF den Schweizer SVP-Funktionär Oskar Freysinger eingeladen, zu dem Christian Jung, Michael Stürzenberger und Ludwig Lagleder von der DF-„Jugendorganisation“ „Generation Zukunft“ seit längerem enge Kontakte pflegen. Freysinger, der mangels Geld bei der lokalen DF für seine Flugkosten nach München selber aufkommen musste, berichtete von der erfolgreichen Anti-Minarett-Initiative in der Schweiz, an der er führend beteiligt war. In seine Rede hatte er gängige extrem rechte Standardphrasen eingeflochten, von den „Andersgearteten, Fremden“ und der angeblichen Notwendigkeit geschlossener Grenzen („Der menschliche Körper ist auch durch eine Haut geschützt“) über „EU-Bürokraten“, „Multi-Kulti“ („zerstört die Seele [...] der Völker“) bis zu den „wohl umerzogenen EU-Bürgern“.

Am Schluss seiner Ansprache, für die es von allen „Freiheit“-Aktivist_innen im Saal stehende Ovationen gab, trug Freysinger noch ein Gedicht mit dem Titel „Reiner Wahnsinn“ vor. Die neue Rechts-Partei DF hat in ihrer mittlerweile im In-

Antifaschistischer Protest gegen die DF-Veranstaltung *Foto: Robert Andreasch*

ternet veröffentlichten Transkription des Freysinger-Auftritts interessanterweise genau diese Passagen weggelassen. a.i.d.a. dokumentiert daher ungekürzt die deutlichen rassistischen und antisemitischen Ausfälle des Schweizer SVP-Funktionärs:

„Die Grenze störte ihn nicht sehr, denn da war keine Grenze mehr. Ihn kümmerte, ganz ohne Geiz, der liebe Wohlstand in der Schweiz. Da konnte man Geschäfte machen / Und sich dabei ins Fäustchen lachen, denn war man mal im Lande drin / war jedes Risiko dahin. So ging er denn von Haus zu Haus / und raubte fleissig alles aus, und wollte er einmal verschnaufen / sah man ihn Heroin verkaufen. Zwar kam er mehrmals in den Knast, doch nahm er meistens, ohne Hast, jede Verlängerung gern an, weil man im Knast so vieles kann: Man wird gefüttert und macht Sport / sieht Filme an in einem fort, liegt ständig auf der faulen Haut / und kriegt allwöchentlich ‚ne Braut. Was soll die Freiheit in der Ferne, im Schweizer Knast bleibt jeder gerne, da wird viel Koscheres serviert / und jede Herkunft respektiert.

Dem Bürger liegt‘s zwar auf dem Magen, doch der hat dazu nichts zu sagen, ein importierter Bösewicht / ist ständig Sieger beim Gericht. Drum blieb der Kerl im Knaste hocken. In Unterhemd und groben Socken / graste er listig und sozial / unsere Bundeskasse kahl. Und als man ihn ausschaffen wollte, ei, wie da jeder Gutmensch grollte: man mache schwarze / Schafe schlecht / das sei doch gegen Menschenrecht. So heulte alles kreuz und quer. Der Gangster sei kein Gangster mehr, sondern ein Opfer der Rassisten, man solle lieber DIE ausmisten.

Ein Gegenvorschlag kam zustande / und korrigierte diese Schande, mit ihm wirft man gar keinen raus, denn jeder ist bei uns zu Haus. Drum geht man wie beim Wolfe vor, der auch hier sein Revier erkor: Man stellt ihn, weil er zu nichts Nutz, ganz einfach unter Artenschutz. Die Moral davon: Nur wer Verbrecher schonen tut / Fühlt sich als Gutmensch wirklich gut! Drum seid wie ich ein Bösewicht / Und unterstützt die Dummheit nicht: Wollt ihr in Zukunft sicher sein, heißt es beim Gegenvorschlag: Nein!“

Die Feindbilder des René Stadtkewitz

„Es war herrlich, Dir zuzuhören“ freute sich im Anschluss René Stadtkewitz (Berlin) am Mikrofon über die rassistischen Töne Oskar Freysingers. Stadtkewitz, der Bundesvorsitzende des rechtspopulistischen Parteiprojekts „Die Freiheit“, ist alles andere als eine charismatische Figur à la Jörg Haider. Er wirkte sogar erstaunlich zögerlich und unsicher, als er dem Publikum einen zukünftigen Einzug seiner neuen Partei in den deutschen Bundestag prophezeien wollte. Doch schnell begab sich Stadtkewitz auf das sicherere Terrain der rechtspopulistischen Standards und legte in einer recht kurzen Ansprache gegen seine Feindbilder los: Diese seien zum Einen Antifaschist_innen („Verrückte“) und Politiker wie Christian Ude („dumme[r] Oberbürgermeister“), zum Anderen der Islam, der „keine Demokratie und keine Freiheit“ zulasse. „Wenn wir heute in unsere Städte schauen“, drehte Stadtkewitz auf, „dem längst unkontrollierbaren Leben, was sich jeder Rechtsstaatlichkeit entzogen hat, was wir in verschiedenen Ghettos unserer Städte heute schon sehen. Da gilt in vielen Gebieten die Scharia“. In klassisch extrem rechter Manier sah Stadtkewitz die Schuldigen in den „Parlamenten“, in denen „soviel gefaselt fernab von der Realität“ würde. Dem folgte die übliche rechtspopulistische Politikerschelte garniert mit antimuslimischem Rassismus: „Weil diese Politiker zulassen, wie dieser Münchner Bürgermeister, und andere und noch viel mehr, dass Islamverbände aus aller Welt sich in unserem Land einnisten“. Deutlich wurde erneut, dass sich Stadtkewitz auf Elemente direkter Demokratie bezieht, um eine autoritärere Politik zu legitimieren: „Geben wir dem Volk die Macht zurück, die machen’s besser als jeder dumme Oberbürgermeister einer Stadt wie hier in München.“

Das Personal der bayerischen DF

In der eigenen Partei ging es nach den zwei Reden eher weniger demokratisch weiter. Eine „Mandatsprüfungskommission“ schrieb schnell noch ein paar Listen zusammen, der Bundesvorstand nahm per „Entscheid“ kurzfristig Interessent_innen als Vollmitglieder in die Partei auf und nach einigem Hin und Her fand Stadtkeiwtz auch eine „Zählkommission“ für die anstehenden Vorstandswahlen. Als noch ein Aktivist Satzungsänderungen beantragte, wiesen Stadtkewitz und Jung unmissverständlich darauf hin, es läge an den Versammelten, wie schnell man nun zur Kaffeepause schreiten könne – alle Satzungsänderungsanträge wurden ohne Diskussion abgeschmettert. Gegenkandidat_innen für die einzelnen Posten des Landesvorstandes gab es bei der jungen Partei, die sich doch die „Demokratie“ so auf die Fahne geschrieben hat, jeweils keine. Die Münchner Aktivist_innen der DF hatten offenbar den Großteil an Pöstchen und Kandidaturen schon vorher unter sich abgesprochen: Als bayerischer Landesvorsitzender der DF wurde Christian Jung gewählt, sein Stellvertreter ist Stefan Behrendt, Rechtspfleger bei der Staatsanwaltschaft München II. Der 28-Jährige Münchner Buchhändler Tim Homuth ist ab jetzt Generalsekretär, Wolfgang Hößl (ebenfalls München) Schatzmeister, Birgit Stöger (Augsburg) Schriftführerin. Michael Stürzenberger, Bettina Blohm (München) und Ralf Uhlemann (Türkenfeld) wurden in den Beirat gewählt.

DF-Landesvorsitzenden in Bayern : Chr. Jung, Foto: Robert Andreasch

Derzeit befinden sich Stadtkewitz und Co. auf einer Tour durch Deutschland, um weitere Landesverbände zu gründen. Das Hauptaugenmerk dürfte bei der DF in den nächsten Monaten jedoch auf dem Wahlantritt bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl am 18. September 2011 liegen. Im Herbst soll, nach a.i.d.a. vorliegenden Informationen in Kiel, der erste große Bundesparteitag der DF durchgeführt werden.

Hat die DF eine Chance?

Noch fehlt es der DF an Allem: an einer charismatischen Figur, einer größeren Mitgliederschaft, an Geld und einer öffentlichen Berichterstattung. Ernsthafte Wahlkämpfe dürften mit dem derzeitigen Mitgliederstamm nicht zu betreiben sein. In der Heterogenität der in der DF vertretene Forderungen liegt zudem reichlich inneres Spaltpotenzial.

Angesichts der weit verbreiteten extrem rechten Einstellungsmuster „in der Mitte der Gesellschaft“ sowie dem großen Anteil des Wählerspektrums, der sich Umfragen zufolge vorstellen könnte, eine „Sarrazin- Partei“ zu wählen, darf die Gefahr der rechtspopulistischen Splittergruppen jedoch keinesfalls unterschätzt werden, vor allem nicht im Hinblick auf die Berliner Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen im Herbst oder die Kommunalwahl in München im Jahr 2014. Zur Erinnerung:

Schon einmal hatte eine rechtspopulistische Partei („Schill-Partei“, Hamburg 2001) das rassistisch-spießbürgerliche Potenzial ausschöpfen und mit 19,4 Prozent der Stimmen in ein Parlament einziehen können.

www.aida-archiv.de ■

Kein Ehrengeleit für Wehrmachtsoffiziere

„Die Bundeswehr muss endlich die Traditionsstränge zur faschistischen Wehrmacht kappen“, fordert Ulla Jelpke anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (17/6016) zu Ehrenbekundungen der Bundeswehr für verstorbene Wehrmachtsangehörige. „Die Ehrenbekundungen für Offiziere und Generälen der Wehrmacht sind fehl am Platz – egal ob diese unmittelbar an Kriegsverbrechen beteiligt waren oder nicht.“ Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion weiter:

„Nach Angaben der Bundesregierung sind ausschliefflich Tapferkeit im Krieg und Aufbauleistungen für Staat und Gesellschaft Westdeutschlands ausschlaggebendes Kriterium für eine Ehrung von hohen Ordensträgern der Wehrmacht. Sie erhalten ein Ehrengeleit, wenn sie nicht Mitglied einer verbrecherischen NS-Organisation, an Kriegsverbrechen unmittelbar beteiligt oder Träger verfassungsfeindlicher Bestrebungen in der Bundesrepublik waren.

Mit anderen Worten: Generäle und Offiziere, die mit hohen Orden von Hitler oder der Wehrmachtsführung geehrt wurden, erhalten von der Bundeswehr ein ehrendes Gedenken, wenn sie nur selbst nicht allzu sehr persönlich verstrickt waren. Den naheliegenden Zusammenhang, dass Tapferkeit im faschistischen Aggressionskrieg letztlich Kriegsverbrechen den Weg bereitet hat, blendet die Bundesregierung geflissentlich aus. Die Bundeswehr soll von den historischen Schlacken ihrer Vorgängerorganisation reingewaschen, das Beschwören soldatischer Tugenden soll nicht weiter durch ihren Missbrauch im deutschen Faschismus getrübt werden. Auch 70 Jahre nach dem verbrecherischen Überfall auf die Sowjetunion fehlt der totale Bruch mit den Traditionen der Wehrmacht.“

Berlin, den 15. Juni 2011

Die Antwort auf die Kleine Anfrage steht auf meiner homepage zum download bereit: http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1961

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE.

Ein Wahlrecht für alle! – Gegen Rassismus!

Rechtspopulisten von „Pro Deutschland“ dürfen am 30. Juni im Rathaus Kreuzberg eine Veranstaltung abhalten. Dagegen gibt es Protest: 30. Juni, 18 Uhr, Demonstration und offenes Rathaus Kreuzberg (Yorckstr. 4-11)

Gemeinsamer Aufruf des Bündnis Rechtspopulismus Stoppen und der Initiative Gegen Rechts Friedrichshain:

Nicht alle Berliner_innen können an den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus teilnehmen: Wer keinen deutschen Pass hat, bleibt außen vor. Wer keinen EU-Pass hat, darf nicht einmal auf Bezirksebene mitwählen und auch an keinem Bürgerentscheid teilnehmen.

Demokratie bedeutet gemeinhin, dass diejenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch an den Entscheidungen mitwirken können – mindestens durch Wahlen und Abstimmungen. Aber 16,5 Prozent der volljährigen Berliner_innen haben derzeit kein Wahlrecht, weil sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. In Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg sind davon sogar 23,5 Prozent betroffen, in Mitte 28 Prozent.

Wenn es nach den Rassist_innen von „Pro Deutschland“ ginge, sollte diese Ausgrenzung nicht nur so fortgesetzt, sondern verstärkt werden. Sie hetzen unter dem Deckmantel „Islamkritik“ gegen Migrant_innen, besonders gegen Menschen muslimischen Glaubens. Die Rechtspopulisten warnen vor „Überfremdung“ und „Islamisierung“. Dabei nutzen sie nicht nur, aber besonders in Krisenzeiten die Zunahme sozialer Abstiegsängste und rassistischer Vorurteile in der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Komplexe soziale Probleme wie beispielsweise Kriminalität, Gewalt und Erwerbslosigkeit werden ethnisiert und kulturalisiert, um von den eigentlichen Ursachen und Verursacher_innen in der deutschen Politik abzulenken. Nach Meinung „Pro-Deutschlands“ soll der Staat mit weiteren Maßnahmen „Integrationsunwillige“ noch stärker überwachen und sanktionieren. Die Betroffenen einer ausgrenzenden Politik werden so selbst zu Sündenböcken gemacht. Ganze Bevölkerungsgruppen werden dabei stigmatisiert und kriminalisiert, um Forderungen nach mehr Gefängnissen, Abschiebungen und Aufhebung des, ohnehin schon stark ausgehöhlten Asylrechts, mehrheitsfähig zu machen.

Das Programm der Rechtspopulisten bedeutet den weiteren Ausschluss von Migrant_innen und Flüchtlingen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

„Pro Deutschland“ beabsichtigt, seine rassistische Hetze noch vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus ins Rathaus Kreuzberg zu tragen. Am 10. Mai wurde der Kreisverband der Partei für Friedrichshain-Kreuzberg an unbekanntem Ort gegründet. Eine Woche später entschied das Kammergericht, dass den Rechtspopulisten der BVV-Saal des Rathaus Kreuzberg für die Zeit von 19-22 Uhr zu überlassen sei. Der geplanten Veranstaltung werden wir uns entgegenstellen!

Die Auffassung, ausschließlich „Deutsche“ könnten wahlberechtigt sein, erscheint nicht nur vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung überholt. Seit 1992 können auch EU-Bürger an Kommunalwahlen teilnehmen. Zahlreiche andere europäische Staaten haben inzwischen ein Kommunalwahlrecht auch für Drittstaatsangehörige. Ein von der Staatsangehörigkeit unabhängiges aktives und passives kommunales Wahlrecht existiert u.a. in Schweden, Dänemark, Finnland, Irland, Island, Luxemburg, den Niederlanden und Norwegen.

Die deutsche Beschränkung des Wahlrechts ist ein Bestandteil des institutionellen Rassismus. Wir fordern daher auch in Deutschland die Ungleichbehandlung von Migrant_innen abzuschaffen – und den Rassismus gleich mit!

Für ein gemeinsames, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Miteinander!

30. Juni | 18 Uhr | Rathaus Kreuzberg

Infos unter initiative-gegen-rechts.de und *rechtspopulismusstoppen.blogsport.de* ■

Die Abwertung der Anderen

Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung

Am 28. Mai fand die Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten in Köln statt. Andreas Hövermann von der Universtität Bielefeld stellte in seinem Beitrag die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Abwertung der Anderen" vor, in der antidemokratische Mentalitäten in acht Ländern Europas untersucht werden. Leider können wir keine schriftliche Fassung dieses Vortrags veröffentlichen. Wir dokumentieren eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie, die bei der Pressevorstellung von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausggeben wurde. Die komplette Studie findet sich online auf: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de und kann auch kostenlos bestellt werden.

Mit umfassenden Befunden aus vergleichbaren Daten über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber unterschiedlichen Adressat/innengruppen in acht Ländern Europas (Deutschland, England, Frankreich, Niederlanden, Italien, Portugal, Polen, Ungarn) liefert die Studie eine empirische Grundlage und politische Impulse für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Europa. Im Zentrum des Interesses stand das Ausmaß, wichtige Determinanten, mögliche Ursachen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Frage, ob sich diese Einstellungen auch auf der Verhaltensebene niederschlagen.

Konkret wurden fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, islamfeindliche, sexistische und homophobe Einstellungen analysiert.

Zentrale Ergebnisse:

- „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in Europa weit verbreitet", lautet das Fazit der Bielefelder Wissenschaftler Andreas Zick, Dr. Beate Küpper und Andreas Hövermann. Auffallend einig sind sich die Europäer/innen in ihrer Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen. Rund die Hälfte aller europäischen Befragten ist der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer/innen in ihrem Land. Ebenfalls etwa die Hälfte aller europäischen Befragten wünscht sich ein Arbeitsplatzvorrecht für Einheimische in Krisenzeiten.

„Rund die Hälfte verurteilt den Islam pauschal als eine Religion der Intoleranz", so Zick, hier zeige sich „deutlicher gesellschaftspolitischer Handlungsbedarf!".

In den knapp 70 Prozent aller Befragten, die in Zuwanderer/innen eine Bereicherung für die eigene Kultur sehen, erkennt Beate Küpper jedoch ein Gegengewicht dazu. Zick unterstreicht, dass „antisemitische Einstellungen ebenfalls weit verbreitet" sind: Zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden und über 70 Prozent in Polen meinen, Juden/Jüdinnen versuchten heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind. Ein Drittel der Befragten glaubt an eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen verschiedener Ethnien, unterstreicht Hövermann.

Die Mehrheit in Europa vertritt zudem sexistische Einstellungen, die auf eine traditionelle Rollenverteilung setzen. Homosexuellen werden mit Blick auf die Ehe gleiche Rechte von zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden bis hin zu 88 Prozent der Befragten in Polen verweigert.

- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist somit auch in Europa keineswegs ein Phänomen von politischen Randgruppen. „Damit bestätigt sich ein Ergebnis, das wir für Deutschland auch von unseren „Mitte-Studien" kennen: Auch in Europa ist Rechtsextremismus kein Phänomen am „Rand" der Gesellschaft, sondern findet sich auch in ihrer Mitte", so Nora Langenbacher, die das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus" der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet.
- Die repräsentativen Daten bieten zudem die Möglichkeit, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen einzelnen Ländern zu analysieren. Entgegen der überall vorhandenen Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen finden Zick, Küpper und Hövermann deutliche Unterschiede bezüglich des Ausmaßes an Antisemitismus, Sexismus und Homophobie.

„Nicht ganz überraschend äußern sich die Befragten in den Niederlanden insgesamt am wenigsten abwertend" – so Zick; allerdings sei die Islamfeindlichkeit dort ähnlich stark ausgeprägt wie in den anderen Ländern.

Im europäischen Vergleich fallen die osteuropäischen Länder Ungarn und Polen durch eine hohe Ablehnung der angesprochenen Minderheiten auf. Neben Ungarn erreicht die Fremdenfeindlichkeit aber auch in Großbritannien ein verhältnismäßig hohes Ausmaß, während in Frankreich wie auch den Niederlanden Fremdenfeindlichkeit im Vergleich zu den anderen Ländern weniger Zustimmung erhält.

Antisemitismus ist insbesondere in Polen und Ungarn stark, in Großbritannien und den Niederlanden vergleichsweise weniger verbreitet; nichtsdestotrotz vertreten auch dort besorgniserregend viele Befragte antisemitische Einstellungen.

In Italien ist im Vergleich zu den übrigen Ländern Rassismus auffallend gering ausgeprägt, Homophobie hingegen, wie auch in Portugal, Polen und Ungarn, deutlich verbreiteter.

Das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit liegt in Deutschland im europäischen Mittelfeld, jedoch mit Blick auf bestimmte abgewertete Gruppen höher als bei den westeuropäischen

Tab. 4: **Fremdenfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
1	Es gibt zu viele Zuwanderer in (jew. Land).	50,0	62,2	40,3	46,0	62,5	59,6	27,1	58,7
2	Durch die vielen Zuwanderer hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	37,6	45,8	31,0	37,7	27,0	19,1	19,4	44,6
3	Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten (jew. Bevölkerung) mehr Recht auf eine Arbeit haben als Zuwanderer.	42,4	50,3	29,5	24,7	55,9	58,2	74,1	71,2
4	Zuwanderer bereichern unsere Kultur.	75,0	71,2	70,8	74,9	61,0	73,7	64,2	57,0
Zusätzliche *Items* in einer Zufallshälfte der Stichprobe:									
5	Zuwanderer sind eine Belastung für unser Sozialsystem.	40,8	60,2	54,7	20,3	31,7	42,5	45,8	77,2
6	Wir brauchen Zuwanderer, um die Wirtschaft am Laufen zu halten.	60,7	59,5	66,1	64,5	70,7	68,1	42,4	24,2

Nachbarländern; das gilt etwa auch für antisemitische Einstellungen.
In Portugal, Polen und Ungarn ist im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern eine relativ starke Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus nachweisbar.

- Zudem fanden die Autor/innen heraus, dass Vorurteile gegenüber einer Gruppe häufig mit solchen gegenüber anderen Gruppen einher gehen. Beate Küpper sieht hierin eine Bestätigung, dass „die einzelnen Elemente von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eng miteinander verknüpft sind." Daher sprechen wir von einem Syndrom der Abwertung".
- Als „besorgniserregend" werten die Autor/innen das Ergebnis, dass die Befragten in allen Ländern mehrheitlich das Gefühl haben, von Politiker/innen nicht gehört zu werden. Dabei sind politische Einstellungen und das Gefühl, politischer Machtlosigkeit maßgebend für die Bereitschaft, menschenfeindlichen Aussagen zuzustimmen. Dies bezeichnet Langenbacher als „einen klaren Auftrag, sich gegen Politikverdrossenheit und für politische Bildung zu engagieren ". Die Bielefelder Wissenschaftler/innen leiten deutliche Zusammenhänge zwischen der Abwertungsbereitschaft und anderen politischen Einstellungen ab: „Diejenigen, die sich politisch eher rechts oder machtlos fühlen oder sich sogar eine starke Führerfigur wünschen und die Todesstrafe befürworten, sind im Durchschnitt menschenfeindlicher".

Ebenso tendieren jene stärker zur Abwertung von schwachen Gruppen, die ein negatives Bild von der EU haben.

- Untersucht wurden zudem weitere Bestandteile rechtsextremer Einstellungen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist u.a. mit drei ideologischen Orientierungen eng verbunden: Mit dem Autoritarismus – eine auf Recht und Ordnung sowie Disziplin setzende Grundhaltung; mit der Sozialen Dominanzorientierung – die Befürwortung von soziaIen Hierarchien zwischen ‚oben' und ‚unten'; und mit der Ablehnung von Diver/sität – einer generell ablehnenden Haltung gegenüber Vielfalt von Kulturen, Ethnien und Religionen innerhalb eines Landes.
- Ein klarer Zusammenhang ergibt sich auch bezüglich der Einflussfaktoren Alter, Bildung und Einkommen: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt mit dem Alter zu und mit besserer Bildung und höherem Einkommen ab, letzteres mit Ausnahme Italiens.

Bemerkenswerterweise spielt das Einkommen für das Ausmaß von Islamfeindlichkeit und Homophobie nur eine geringe Rolle. Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Einstellungen hingegen kaum.

- Untersucht wurde neben der Einstellungsebene auch die Verhaltensdimension: „Die Ergebnisse zeigen, dass abwertende Einstellungen, auch handfeste Folgen haben. ", so die Autor/innen. Mit Bezug auf die Gruppe Einwanderer/innen lässt sich nachweisen, dass diejenigen, die schwache Gruppen abwerten, sich auch mit größerer Wahrscheinlichkeit gegen die Integration von Einwander/innen aussprechen, ihnen eher eine gleichberechtigte politische Teilhabe verweigern und eher bereit sind, Einwanderer/innen zu diskriminieren und ihnen mit Gewalt zu begegnen.
- Die wichtigsten Erklärungsfaktoren von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind neben einer autoritären und hierarchiebefürwortenden Grundhaltung außerdem das subjektive Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen und das Gefühl der Orientierungslosigkeit in der heutigen Zeit. Auch ein geringes Einkommen und das Gefühl der Benachteiligung spielen eine Rolle.
- Die wichtigsten Schutzfaktoren vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind das Vertrauen in andere Menschen, das Gefühl, feste Freundschaften schließen zu können, der Kontakt mit Einwander/innen, und vor allem eine positive Grundhaltung gegenüber Diversität. Religiosität hingegen schützt nicht vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Auch allgemeine Werthaltungen, die Sicherheit und Universalismus betonen, sind hierbei kaum relevant.

Schlussfolgerungen:

Die Ergebnisse der Studie machen die Dringlichkeit eines engagierten Eintretens aller gesellschaftlicher Akteure für Demokratie und gegen Rechtsextremismus deutlich. Hierzu schlagen die Autor/innen am Ende der Studie konkrete Maßnahmen vor:

- Ein wissenschaftlich unabhängiges und kontinuierliches europäisches Monitoring rechtsextremer und populistischer Meinungen und Handlungsintentionen auf europäischer Ebene ist überfällig.
- Die Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Europa und insbesondere ihre überregional ähnlichen Ursachen unterstreichen die Relevanz, gemeinsamer europäischer Anstrengungen im Kampf gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Hierbei müssen individuelle und kontextuelle Ursachen im Blick behalten werden. Es gelte, Einstellungen zu fördern und Strukturen zu etablieren, die Gleichwertigkeit unterstützen. Dazu brauche es ein mehr an Akzeptanz kultureller Unterschiedlichkeit anstelle von Ablehnung des Multikulturalismus; weniger autoritär orientierte Einstellungs- und Verhaltensorientierungen und mehr Befürwortung horizontaler statt vertikaler Gesellschaftsstrukturen, also eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe.

- Laut der Studie sind die Bürger /innen nicht grundsätzlich desinteressiert an Politik, nehmen sich aber subjektiv vom politischen System entkoppelt wahr. Doch „die Erfolge von Rechtspopulisten zeigen uns, dass sich die Klagen der Bürger/innen nicht primär gegen die etablierten politischen Systeme, sondern insbesondere gegen Zuwanderer/innen, Muslim/innen und andere schwache Gruppen richten", so Zick. Dieses betont die Notwendigkeit von Strategien der Intervention und Prävention, um der kollektiven Ausbildung von Menschenfeindlichkeit gegen „die Anderen" weiter entgegenzuwirken. So appellieren die Autor/innen, dass es gilt, „die in der Stu-

Tab. 7: **Islamfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent)**

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
18	Es gibt zu viele Muslime in (jew. Land).	46,1	44,7	36,2	41,5	49,7	27,1	47,1	60,7
19	Muslime in (jew. Land) stellen zu viele Forderungen.	54,1	50,0	52,8	51,8	64,7	34,4	62,3	60,0
20	Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.	52,5	47,2	52,3*	46,7	60,4	62,2	61,5	53,4
Zusätzliche *Items* in der gesamten Stichprobe:									
22	Die muslimische Kultur passt gut nach (jew. Land).	16,6	39,0	49,8	38,7	27,4	50,1	19,0	30,2
23	Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten.	76,1	81,5	78,8	78,2	82,2	72,1	72,1	76,8
24	Viele Muslime betrachten islamistische Terroristen als Helden.	27,9	37,6	-	29,2	28,5	30,3	30,2	39,3
25	Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.	17,1	26,3	23,3*	19,9	21,5	22,4	26,0	29,6

die deutlich gewordene Ablehnung von Diversität und die Sorgen und Ängste mit Blick auf Migration in Europa auch als eine Gefahr für die Demokratie ernst zu nehmen. Das bedeutet Pluralität, Teilhabe und politische Mitsprache für alle Mitglieder der Gesellschaft, Mehrheiten wie Minderheiten.

Vorgehen/Methode:

Die der Studie zugrundeliegende Datenbasis wurde im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts (GFE-Europe) der Universität Bielefeld unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Andreas Zick und Dr. Beate Küpper erhoben. Dieses internationale Forschungsvorhaben wurde durch private Stiftungen gefördert, darunter die Compagnia di San Paolo, die Volkswagen-Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Groeben Stiftung und die AmadeuAntonio-Stiftung. In 2008 wurde jeweils eine repräsentative Stichprobe von 1000 Personen ab 16 Jahren in 8 europäischen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Italien, Portugal, Polen und Ungarn) in Telefoninterviews befragt. Der standardisierte Fragebogen enthielt vorgetestete und für den interkulturellen Vergleich taugliche Fragen. Zur Erfassung eines Elements der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden jeweils mehrere Aussagen verwendet, zu denen die Befragten mittels einer 4-stufigen Skala ihre Zustimmung beziehungsweise Ablehnung angeben konnten.

Kontext & Ziel:

Menschenrechte und ein vielseitiges, tolerantes und multikulturelles Selbstbild Europas sind nicht nur für den Schutz von Minderheiten essentiell, sie sind Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratiefestigkeit in Europa. Intoleranz, Vorurteile und Diskriminierung sind Gefahren für den Zusammenhalt pluraler Gesellschaften und damit für die Demokratie selbst. Sie zeigen an, inwieweit die Mehrheit bereit ist, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten und vermeintlich ‚Andere' als gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft zu akzeptieren und zu beteiligen, oder sie auszuschließen. Intoleranz, Vorurteile, antidemokratische Einstellungen und die Bereitschaft, andere zu diskriminieren, sind daher sensible Messinstrumente der sozialen Kohäsion von Gesellschaften. Ziel der neuen Publikation ist es, die gesellschaftliche Debatte um den zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte in Europa aufzunehmen und für eine konstruktive Debatte über effektive Wege für ein demokratisches und solidarisches Europa zu nutzen.

Weitere Informationen bei:
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin,
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin,
www.fes-gegenrechtsextremismus.de ■

Dänische Antifaschisten sind keine Terroristen!

VVN-BdA protestiert gegen die Verurteilung des Vorsitzenden eines dänischen Veteranenverbandes

Mit Empörung und Verwunderung hat die VVN-BdA zur Kenntnis nehmen müssen, dass Mitte Juni 2011 der Vorsitzende der dänischen Horserød Stutthof Foreningen, der 72jährige Anton Nielsen, zu einer mehrmonatigen Haftstrafe wegen angeblicher Unterstützung terroristischer Vereinigungen verurteilt wurde.

Horserød Stutthof Foreningen ist ein Zusammenschluss der ehemaligen Häftlinge von Stutthoff und ihrer Angehörigen. Seit Jahrzehnten unterstützt Horserød Stutthof Foreningen die historische Erinnerungsarbeit und tritt dafür ein, dass das politische Vermächtnis der Überlebenden: „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln! Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit!" Wirklichkeit wird.

Wie die antifaschistischen Verbände in allen Ländern tritt die Horserød Stutthof Foreningen ein für eine gerechte Weltordnung auf der Grundlage der Menschenrechtsdeklaration und der Beschlüsse der Vereinten Nationen und damit gegen soziale und militärische Unterdrückung. Partner sind dabei die Bewegungen zur nationalen Befreiung und soziale Kräfte, die Hilfe für die von Kriegen und Unterdrückung betroffenen Menschen organisieren.

Vorgeworfen wurde der Horserød Stutthof Foreningen konkret, dass sie sich unter anderem für humanitäre Hilfe in Gaza und ein soziales Projekt der FARC in Kolumbien engagierte.

Wenn solche Unabhängigkeitsbewegungen seit dem antidemokratischen „Patriots Act" der amerikanischen Regierung unter Georg Bush pauschal als „terroristisch" diffamiert werden, ist das skandalös. Dass aber die dänische Justiz meint, auf der Grundlage solcher Anordnungen eine Organisation ehemaliger Verfolgter des Nazismus und ihrer Familienangehörigen verfolgen zu können, ist das ein Ungeheuerlichkeit, die von uns nicht hingenommen werden kann.

Schon im Vorfeld des Prozesses hat es Proteste aus verschiedenen Ländern gegeben. Die FIR hat sich direkt an den dänischen Justizminister Barfod gewandt und ihn aufgefordert, einen solch skandalösen Prozess abzuwenden.

Dessen ungeachtet wurde der Vorsitzende der Horserød Stutthof Foreningen zu sechs Monaten Haft verurteilt, von denen er zwei im Gefängnis verbringen soll.

Dies können wir nicht akzeptieren. Wir erwarten von einem Land wie Dänemark, das ein respektierter Partner in einem vereinten Europa sein will, keine „Terroristenhysterie", sondern Respekt vor den gemeinsamen Erfahrungen des Kampfes gegen Nazismus und Okkupation, gegen Rassismus und Antisemitismus und für eine demokratische und friedlichen Entwicklung.

PE VVN-BdA Bundesbüro
vom 22.6. 2011 ■

Anton Nielsen

Europa braucht ein Asylrecht, das auch auf Menschenrechten basiert

Brüssel. Zur heutigen (9.6.2011) Sitzung des Rates der Innenminister und Innenministerinnen sagt Ska Keller, grüne Europaabgeordnete und Mitglied im Innenausschuss:

„Der Rat hat wieder eine Gelegenheit verpasst, entscheidende Schritte zum Schutz der Flüchtlinge aus Libyen zu unternehmen. Obwohl der UNHCR Mitgliedsstaaten um die Aufnahme von Flüchtlingen, die derzeit in den libyschen Nachbarländern fest hängen, gebeten hat, passiert nichts. In diesem Jahr sind nach Zahlen des Europarats bereits 1400 Migrantinnen und Migranten im Mittelmeer ertrunken. Die Staats- und Regierungschefs schaffen es jedoch nicht, in dieser humanitären Krise verantwortlich zu handeln.

Zudem ist es unverständlich, warum die Entscheidung über den Schengenbeitritt Rumänien und Bulgariens wieder verschoben wurde. Beide Länder haben die vorgesehenen Kriterien erfüllt und auch das Parlament hat sich klar für einen Beitritt ausgesprochen. Der Rat kann sich jetzt nicht hinter fadenscheinigen Argumenten verstecken."

Quelle: Ska Keller, MdEP Europäisches Parlament 9.6.2011 ■

Flüchtlingsräte kritisieren Untätigkeit der Bundesregierung

Hannover. Die bundesweite Kampagne „ABOLISH – Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen!" ruft für den 11. Juni 2011 zur Demonstration in Berlin auf. Die Hauptforderung ist die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG). Die Landesflüchtlingsräte erklären sich solidarisch und fordern die Bundesregierung zum Handeln auf. „Es hat den Anschein, als wolle die Bundesregierung die seit 18 Jahren andauernde Diskriminierung von Flüchtlingen als Menschen zweiter Klasse so lange fortsetzen, bis das Bundesverfassungsgericht sie zu einer Rechtsänderung zwingt", kritisiert Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat die Untätigkeit der Bundesregierung. „Wir fordern den Gesetzgeber auf, das Asylbewerberleistungsgesetz endlich abzuschaffen, da es gegen das Grundgesetz und internationale Menschenrechtsabkommen verstößt!" Das AsylbLG gewährt Flüchtlingen Sozialleistungen, die rund 35% unter dem Niveau von Hartz IV liegen. Sie sollen als Sachleistung erbracht werden, z.B. als Unterbringung in Sammellagern und als Versorgung mit Essenspaketen oder -gutscheinen. Die Regelsätze wurden seit 1993 nicht mehr erhöht. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hält das AsylbLG deshalb für verfassungswidrig und hat es dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Die Bundesregierung hat bereits eingestanden, dass die Leistungen nach AsylbLG gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen, entwickelt jedoch keinerlei Aktivitäten, diese Grundrechtsverletzung abzustellen. Flüchtlinge, die Landesflüchtlingsräte, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und sogar der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, kritisieren seit Jahren die menschenunwürdige (Mangel-)Versorgung von Flüchtlingen nach dem AsylbLG. Jetzt haben sich auch die Vereinten Nationen eingeschaltet: Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte moniert, dass Flüchtlinge in Deutschland keine angemessenen Sozialleistungen erhalten und in überfüllten Unterkünften leben müssen. Die Demonstration beginnt am 11.06.2011 um 13 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Pariser Platz in Berlin, zieht vorbei am Bundesministerium für Arbeit und Soziales und endet am Kemper Platz.

Informationen zur Kampagne ABOLSIH! Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen gibt es auf der Kampagnen-Homepage:
www.kampagne-abolish.info

Quelle: PE der Landesflüchtlingsräte in Deutschland vom 09.06.2011 – Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Roma vor dem Rathaus in Hamburg, Foto: CS

Ablehnung des Antragsauf ein Bleiberecht für Roma in Hamburg

Hamburg. Am gestrigen Tag (13.6.) hat der Innenausschuss der Hamburger Bürgerschaft mit den Stimmen der SPD, CDU und FDP den Antrag „Abschiebungen von Roma und Sinti in die Nachfolgerepubliken Jugoslawiens" der Partei DIE LINKE abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der GAL auf einen 6-monatigen Abschiebestopp für diese Menschen sowie ein Zusatzantrag der Partei DIE LINKE, vor einer Entscheidung ein Expertengremium zu der Situation der Roma in Serbien und Mazedonien zu befragen.

Die in Hamburg von Abschiebung bedrohten Roma machen seit Monaten zusammen mit Flüchtlingsorganisationen, der GEW, UnterstützerInnenkreisen und Kirchen auf ihre Situation in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens aufmerksam. Diese ist durch eine weitverbreitete Diskriminierung gekennzeichnet. Roma sind in Serbien, Mazedonien und im Kosovo weitestgehend von der Krankenversorgung, vom Arbeitsmarkt, von der Schul- und Berufsausbildung und von anderen sozialen Leistungen ausgeschlossen. Besonders die Kinder leiden darunter. Ihnen wird dadurch ein Leben in Sicherheit und Würde verwehrt. Stattdessen müssen diese Menschen in großer Armut und sozialer Unsicherheit, die oftmals lebensbedrohliche Ausmaße annimmt, leben.

Amnesty International stellt in der Presseerklärung vom April 2011 zur Lage der Roma europaweit fest:
„*Die Menschenrechtsorganisation dokumentiert seit Jahren, wie europäische Regierungen daran scheitern, die Roma vor gesellschaftlicher und gesetzlicher Diskriminierung zu schützen. Neben Serbien verweigern auch Rumänien, Slowenien, Italien und Mazedonien den Roma das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Würde. Tschechien, Kroatien und die Slowakei tun wenig, um Roma-Kinder in der Schule zu integrieren. Deutschland und*

abolish!
discriminatory laws against refugees

andere europäische Staaten berücksichtigen in Asylverfahren unzureichend die Menschenrechtssituation von Roma in ihren Herkunftsländern". Wir bedauern zutiefst, dass sich die Hamburger Bürgerschaft und allen voran der SPD geführte Senat außerstande sehen, diese Menschen durch eine mutige politische Entscheidung zu schützen und Ihnen ein Bleiberecht in Hamburg zu gewähren. Dies wäre ein wichtiges Zeichen im Hinblick auf eine humanere Flüchtlingspolitik gewesen, die der neue Innensenator, Herr Neumann, in Aussicht gestellt hat.

Jetzt bleibt nur noch die Hoffung, dass, in Ermangelung einer politischen Lösung, die Situation der Roma-Familien, die Petitionen im Hinblick auf einen Abschiebeschutz und ein Bleiberecht in Hamburg an die Härtefallkommission gestellt haben, in einem großzügigen Maße berücksichtigt werden. Insbesondere im Hinblick auf die Zukunft der betroffenen Kinder ist dies dringend geboten.

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.
Franz Forsmann
Quelle: Presseerklärung Flüchtlingsrat Hamburg e.V. 14.06.2011 ■

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, Flüchtlinge konkret unterstützen

HANNOVER: Anlässlich des Internationalen Tages des Flüchtlings am 20. Juni 2011 ruft der Flüchtlingsrat Niedersachsen zu mehr Engagement für Flüchtlinge auf.

Mit einer Aktion in der Hildesheimer Fußgängerzone soll insbesondere auf die sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen aufmerksam gemacht werden. Dabei können Passanten nicht nur Kaffee genießen, sondern auch aktiv Flüchtlinge durch den Umtausch von Gutscheinen unterstützen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz gewährt Flüchtlingen Sozialleistungen, die rund 35% unter dem Niveau von Hartz IV liegen und obendrein im Wesentlichen in Form von Lebensmittelgutscheinen und durch Zuweisung einer Unterkunft erbracht werden. Das Einkaufen mit Gutscheinen erweist sich als besonders problematisch, da viele Geschäfte, darunter auch viele billige Discounter, Gutscheine nicht annehmen. Die Regelsätze wurden seit 1993 nicht mehr erhöht. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hält das Gesetz deshalb für verfassungswidrig und hat es dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Die Bundesregierung hat bereits eingestanden, dass die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen, entwickelt jedoch keinerlei Aktivitäten, diese Grundrechtsverletzung abzustellen.

Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und auch der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, kritisieren seit Jahren die menschenunwürdige (Mangel-)Versorgung von Flüchtlingen nach dem AsylbLG. Jetzt haben sich auch die Vereinten Nationen eingeschaltet: Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte moniert, dass Flüchtlinge in Deutschland keine angemessenen Sozialleistungen erhalten und in überfüllten Unterkünften leben müssen. Auch die Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Hildesheim muss verändert werden. Es darf nicht sein, dass Flüchtlinge völlig abgeschieden leben, gerade weil sie kein Geld für den öffentlichen Nahverkehr haben und Kindern damit z.B. der Besuch von Kindergarten unnötig erschwert wird. Darüber hinaus sind bauliche Mindeststandards erforderlich. Der Flüchtlingsrat plant daher eine Bestandsaufnahme der Flüchtlingsunterkünfte im Landkreis mit einer entsprechenden Bewertung. „Was wir beispielsweise in der Unterkunft in Algermissen zu sehen bekommen haben, ist absolut inakzeptabel", erklärt Bastian Wrede, einige Fotos der Unterkunft werden am Montag in der Fußgängerzone zu sehen sein. Wir fordern die Gemeinden und den Landkreis auf, hier umgehend für Verbesserungen zu sorgen. Auch die Unterbringung in der allgemeinen Obdachlosenunterkunft im Langen Garten in Hildesheim ist nicht hinnehmbar. Flüchtlinge wollen eine eigene Wohnung wie andere Menschen auch. Ihnen dieses Recht einzuräumen wäre ein Beitrag zu Integration. Mindeststandards in der Behandlung von Menschen, die hier Zuflucht suchen, sind ein Prüfstein für die Humanität einer Gesellschaft.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Eine Runde Mitleid für die „AG Rück"

BERLIN. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rückführung", eine Art Steuerungsgruppe für Abschiebungspraktiken, moniert, dass weder Politiker noch Behörden Abschiebungen hart genug durchsetzten. Die in der Gruppe versammelten leitenden Bundespolizisten und Landesbeamten beklagen, ihr Tun werde von der Landes- und Bundespolitik zu wenig unterstützt. Auch Bürgermeister und Landräte brächen bei entsprechendem Druck von Lobbygruppen und Medien immer wieder in letzter Minute Abschiebungen ab. Allenfalls bei Straftätern oder Terrorverdächtigen gebe es in der Öffentlichkeit noch Rückhalt, Ausländer gegen ihren Willen aus dem Land zu weisen, bedauern die Abschiebe-Experten.

All das schreibt „Der Spiegel", der sich dabei auf ein „Erfahrungspapier" der Arbeitsgruppe Rückführung beruft. Der Öffentlichkeit ist das Papier bisher nicht zugänglich. Weil das rein administrative Gremium mit dem Kurznamen „AG Rück" eigentlich auch gar nicht befugt ist, sich politisch zu äußern, scheint es nun dem „Spiegel" ein Papier zugesteckt zu haben – um es dort als „Expertenbericht" zu lancieren.

Die daraus bisher veröffentlichten Informationen sind dürftig. Kritischer Betrachtung bedarf besonders die Tatsache, die der „AG Rück" als Beleg einer angeblich „zu laschen" Abschiebepraxis dient: Dass im Jahr 2010 weniger als 15 Prozent aller Ausreisepflichtigen die Bundesrepublik verlassen haben. Das kann allerdings verschiedene Gründe haben. Sind Härtefallanträge oder Petitionen anhängig oder gar erfolgreich gewesen? Existieren anderweitige Abschiebehindernisse, die schließlich noch berücksichtigt werden mussten? Verweigern Herkunftsstaaten die Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen? Das sind nur einige wenige denkbare Fallkonstellationen, die im Dunkeln bleiben.

Stattdessen wird in den vom „Spiegel" zitierten Ausschnitten des Papiers auf den Druck verwiesen, der von „Lobbygruppen und Medien" ausgehe, der Bürgermeister und Landräte immer wieder dazu brächte, Abschiebungen abzubrechen. PRO ASYL hält das für ein riesiges Kompliment – ein Kompliment an all jene, die die humanitären Belange von Flüchtlingen auch nach Abschluss der juristischen Fragen ernster nehmen als manche Ge-

richte und Ausländerbehörden. Auch für ein Kompliment an die Medien, die über die menschlichen Dramen berichten, die mit dem Vollzug von Abschiebungen nach oft langjährigem Aufenthalt verbunden sind. Und nicht zuletzt für ein Kompliment an Bürgermeister und Landräte, die den Mut aufbringen, Abschiebungen aus humanitären Gründen auszusetzen.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rückführung“ reagiert offenbar auf einen drohenden Verlust ihrer beträchtlichen informellen Macht. Mit den jüngsten Regierungswechseln in einigen Bundesländern könnte die Macht der Hardliner schwinden. Vor diesem Hintergrund ist es wohl kein Zufall, dass die Abschiebe-Beamten gerade jetzt die Unterstützung der Landes- und Bundespolitik anmahnen.

Wie Recherchen der Antirassistischen Initiative (ARI) zeigen, sind die von der „AG Rückkführung“ gestreuten Zahlen falsch. Darauf verweist die Taz in einem Artikel vom 26.05.2011 . Während die „AG Rück“ in einem über den Spiegel lanciertem Papier behauptet, 2010 seien „nur“ 930 Ausreisepflichtige abgeschoben worden, zeigt die Dokumentation der ARI, dass tatsächlich 7.558 Menschen von Abschiebung betroffen waren. Werden dazu noch die Zahlen der Zurückschiebungen, Zurückweisungen und Überstellungen im Rahmen der Dublin-II-Verordnung hinzugezählt, liegt die Zahl der zwangsweisen Rückführungen aus Deutschland bei über 22.000 Menschen. Laut ARI geht dies aus den offiziellen Zahlen des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge hervor. Auch das Innenminsterium bestätigte auf Nachfragen der Taz, dass die von der „AG Rück“ gestreuten Zahlen falsch sind. Die Antirassistische Initiative stellt zu Recht fest: „Hier wird mit falschen Daten Stimmung gemacht“.

http://www.proasyl.de/ 24.05.2011 ■

Massive Beleidigung bei Anhörung

HANNOVER. Die zuständige Abgeordnete der Grünen für Migration, Filiz Polat, hat eine Kleine Anfrage zur mündliche Beantwortung bezüglich der Praxis bei Anhörungen vor Abschiebung gestellt. Der Text lautet: „*Verhörmethoden der Landesaufnahmebehörde*“

Am 6.4.2011 fand bei der Landesaufnahmebehörde in Lüneburg eine Anhörung des Ehepaares I. aus dem Landkreis Gifhorn statt. Nach Behördenangaben sollte der Termin der Vorbereitung einer Anhörung vor russischen Botschaftsangehörigen dienen. Das Ehepaar wurde dabei durch eine als Beistand und Zeugin fungierende weibliche Person begleitet. Laut den Protokollen des Ehepaares I. bzw. dessen Tochter und der Beistandsperson kam es dabei zu wiederholten massiven Beleidigungen sowie der Androhung körperlicher Gewalt. Zudem wurde das Recht auf Beistandschaft aus § 14 Verwaltungsverfahrensgesetz in Abrede gestellt. Das Ehepaar wurde getrennt befragt. Die Beistandsperson konnte nur jeweils einem/einer der beiden Eheleute beistehen und wurde zweitweise sogar von beiden getrennt und selbst vernommen. Eine weitere als Beistand zur Verfügung stehende und dazu bereite Person wurde nicht zugelassen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung diese Vorkommnisse (Beleidigungen, Drohung, Einschränkung des Beistandsrechts)?

2. Welche disziplinarischen, ausbildungstechnischen oder sonstige Konsequenzen werden sich für die in diesem Fall handelnden Beamten aber auch für andere für solche Anhörungen zuständige Beamte ergeben?

3. Wie wird die Landesregierung gegenüber dem Ehepaar I. reagieren (Entschuldigung, Schadensersatz, weiteres Verfahren)?

Quelle: Bündnis 90/Die Grünen im nds. Landtag ■

Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen!

KÖLN. „Wir wollen hier weg! Europa muss helfen!“ Die Forderungen auf den Pappschildern der Flüchtlinge und MigrantInnen an der tunesisch-libyschen Grenze sind eindeutig – und zwingend: 5000 Menschen warten seit Wochen und Monaten unter unerträglichen Bedingungen in dem Lager des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) in Choucha.

Sie alle konnten dem eskalierenden Bürgerkrieg in Libyen entkommen. Viele

Flüchtlingskonferenz Hannover 2. Juli 2011

Programm:Brecht die Isolation!

Seit über einem Jahr wehren sich Flüchtlinge im Landkreis Gifhorn gegen ihre Unterbringung im Lager Meinersen und gegen die zerstörerischen Lebensbedingungen und die aggressive Verfolgung durch die Gifhorner Ausländerbehörde. Während der Proteste und Planungstreffen gab es Solidarität von Flüchtlingen aus anderen Lager. Dort gibt es im Kern die gleichen Probleme, verursacht durch die rassistische Gesetzgebung, und es gibt auch Erfahrungen des Widerstands. Die Konferenz in Hannover dient der Zusammenkunft, der Erstellung von Berichten/Dokumentation und des Erfahrungsaustausch mit anderen aus anderen Lagern.

Programm

ab 10^{00} Uhr Anreise
12^{00} Uhr Begrüßung, kurze Einführung ins Programm, Vorstellung der TeilnehmerInnen
13^{00} – 15^{00} Uhr
Berichte aus den verschiedenen Landkreisen und Lagern an Hand konkreter Fragestellungen.
Meinersen Landkreis Gifhorn (Sprecher/in: Nidal Al-Nagar, Nurjana Ismailova) Bramsche / Osnabrück Boeselagerstrasse Braunschweig Rinteln (Maurice Mwizerwa) Emsland Blankenburg / Oldenburg …
15^{00} – 16^{00} Uhr
Input von Aktivisten aus Thüringen und Baden Württemberg
„Brecht die Isolation – Lager schließen“ Erfahrungen aus dem Kampf gegen die Thüringer Isolationslager – Miloud Sharif, the VOICE Refugee Forum Flüchtlingsselbstorganisierung in Baden Württemberg – Rex Osa, the VOICE Refugee Forum
16^{00}– 17^{00} Uhr
offene Diskussion, Fragen, Austausch, Planungen, Kontaktaustausch/Vernetzung

Es werden weiterhin Freiwillige gesucht, die übersetzen – arabisch, farsi, serbokroatisch, englisch, französisch, türkisch,...

Konferenzort: kagah e.V.,
Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover

weitere Details und Anfragen:
Kontakt:
Nurjana (russisch, deutsch)
Phone: 01748633075,
asylbewerbergifhorn@yahoo.de
Ali (francais) phone: 0173-8374157
Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen Hamburg:
free2move nadir.org
Flüchtlingsrat Niedersachsen
Langer Garten 23 B, 31137 Hildesheim, Tel.: 05121/15 60 5, Email: sw@nds-fluerat.org Araz (farsi), KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen Wuppertal
Phone: 01788530701
Nidal (arabic) Refugee Comunity Meinersen
phone: 0174 8633075

Am Samstag, 18. Juni 2011 haben aus Anlass der Innenministerkonferenz am 21./22. Juni 2011 in Frankfurt AktivistInnen des Kölner Netzwerks „kein mensch ist illegal" mit einer Protestaktion in der Kölner Innenstadt an die Innenminister des Bundes und der Länder appelliert, endlich eine größere Zahl von Flüchtlingen aus Libyen aufzunehmen.

waren dort als ArbeitsmigrantInnen beschäftigt, andere hatten Zuflucht vor den Kriegs- und Krisenzonen im subsaharischen Afrika gesucht. Überlebende von gekenterten Flüchtlingsbooten begegnen in Choucha denjenigen, die sich aus Verzweiflung und allen Gefahren zum Trotz wieder Richtung libyscher Grenze auf den Weg machen, um die gefährliche Überfahrt nach Europa zu wagen. Als vier Flüchtlinge aus Eritrea am 21.5.2011 bei einem Feuer in der improvisierten Zeltstadt starben, kam es zu spontanen Protesten und Straßenblockaden. Das tunesische Militär reagierte mit Tränengas, Anwohner überfielen das Lager. Mindestens zwei Flüchtlinge wurden erschlagen, viele trugen schwere Verletzungen davon.

Die Flüchtlinge in Choucha hofften und hoffen auf Hilfe und Unterstützung durch den UNHCR, der in den letzten Wochen u.a. die europäischen Staaten mehrfach um die Aufnahme von zumindest 6000 Flüchtlingen aus Libyen gebeten hatte. Vergeblich. Vielmehr wird die europäische Grenzschutzagentur Frontex verstärkt in Stellung gebracht und die neuen demokratischen Regierungen in Nordafrika werden mit Geldangeboten gelockt, damit sie auch in Zukunft die Wachhunde vor Europas Grenzen bleiben.

Die Situation in Choucha muss im Kontext der Vorverlagerung des europäischen Grenzregimes nach Nordafrika gesehen werden. In der Abwehr von Flüchtlingen und Migrantinnen haben die europäischen Staaten jahrelang schamlos mit den Despoten des Maghreb zusammengearbeitet, insbesondere mit Ben Ali in Tunesien und Gaddafi in Libyen. Nun wird zwar der demokratische Wandel begrüßt, aber all jenen die Hilfe verweigert, die in den tunesischen Flüchtlingslagern strandeten und für die es kein Zurück mehr gibt.

Die Stimmen von Choucha stehen für das verzweifelte Aufbegehren gegen eine Politik der flagranten Menschenrechtsverletzungen, wie sie sich tagtäglich an vielen Brennpunkten der europäischen Außengrenzen abspielen. Ein Bruch mit dieser Politik ist notwendig, um das Sterben auf See und in der Wüste zu beenden. Die Demokratiebewegungen in Nordafrika bieten die Chance für einen Neuanfang. Statt tödlicher Ausgrenzung und grotesker Bedrohungsszenarien muss Offenheit und Solidarität die Zukunft des mediterranen Raumes prägen. Es braucht Brücken statt Mauern für ein neues afrikanisch-europäisches Verhältnis, damit Europa ein Raum wirklicher Freiheit, allgemeiner Sicherheit und der gleichen Rechte für Alle wird.

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus Choucha in Europa würde in diesem Sinne ein erstes, nicht nur symbolisches Zeichen setzen. Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf europäischer Ebene, in Bund, Ländern und Gemeinden auf,

- Soforthilfmaßnahmen zur Flüchtlingsaufnahme zu ergreifen und die Flüchtlinge aus Choucha und den anderen vorübergehenden Flüchtlingslagern in Europa aufzunehmen.
- Humanitäre Unterstützung jener Subsahara-MigrantInnen zu leisten, welche bereits aus Libyen bzw. Tunesien ausgeflogen wurden. Z.B. sind allein in Mali seit Beginn des Libyen-Kriegs über 10.000 Flüchtlinge angekommen.
- Die bisherige Abschottungspolitik an den Außengrenzen zugunsten einer humanen und freizügigen Asyl- und Einwanderungspolitik aufzugeben, die im Einklang mit den Rechten von Flüchtlingen und MigrantInnen steht.
- Die demokratischen Aufbrüche in Nordafrika ernsthaft zu unterstützen und sie als eine Chance zu einer veränderten Nachbarschaftspolitik zu begreifen.

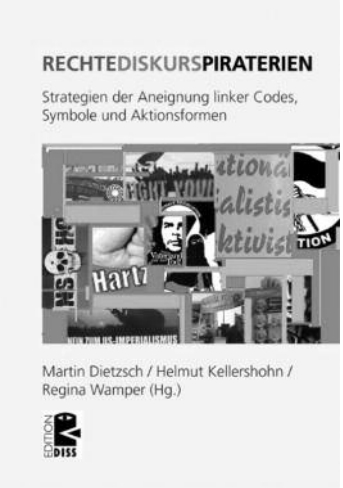
Kölner Netzwerk
„kein mensch ist illegal ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen



Der Sammelband, der an das Colloquium des „Duisburger Institutes für Sprach- und Sozialforschung“ (DISS) 2009 anknüpft, beschäftigt sich mit der in den letzten Jahren verstärkt zu beobachtenden Tendenz innerhalb der extremen Rechten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren, ohne dass extrem rechte Positionen und Inhalte aufgegeben werden. Diese Entwendungsstrategien der extremen Rechten orientieren sich an historischen Vorbildern. Der Nationalsozialismus entwendete kulturelle und ästhetische Ausdrucksformen von ihren linken Gegnern. „Nationalrevolutionäre“ Gruppen und Organisationen besonders in den 1970er Jahren bedienten sich ebenfalls genuin linker Praktiken in der politischen Auseinandersetzung.

Zunächst stellt Helmut Kellershohn das jungkonservative Netzwerk und seine strategischen Optionen vor. Dabei geht es vor allem um das rechte Zeitungsprojekt Junge Freiheit (JF), das Institut für Staatspolitik (IfS) und den der JF nahe stehenden Verlag Edition Antaios.

Martin Dietzsch beschäftigt sich mit der strategischen Ausrichtung der NPD. Die sich als „politische Weltanschauungspartei“ verstehende NPD orientiert sich an dem Vier-Säulen-Modell (Kampf um die Straße, Kampf um die Parlamente, Kampf um die Köpfe, Kampf um den organisierten Willen).

Christine Kaindl untersucht die Handlungsmöglichkeiten der extremen Rechten im Hinblick auf die Krise des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Die extreme Rechte knüpft dabei an die Kritik linker Bewegungen an der Globalisierung und des Sozialraubes an und vermischt diese mit völkischen und rassistischen Inhalten.

Sabine Kebir geht in ihrem historischen Beitrag „Dekonstruktion von Wackelkandidaten und Diskurspiraten. Gramsci, Brecht und Anverwandlung linker Signifikanten durch rechte Politik“ vor allem auf die Gramsci-Adaption der französischen und deutschen extremen Rechten ein und entwirft mögliche Gegenstrategien.

Volker Weiss stellt die Konstruktion eines „Deutschen Sozialismus“ vor, der nach dem 1. Weltkrieg vor allem durch die Werke Oswald Spenglers und Arthur Moeller van den Bruck Verbreitung und Akzeptanz fand. Diese beiden Vertreter eines völkischen Nationalismus adaptierten Begriffe der Linken und nahmen eine Umdeutung vor. Das Konzept des „Deutschen Sozialismus sah einen autoritären Etatismus unter Beibehaltung des Privateigentums vor.

Bei seiner Untersuchung der aktuellen Diskurse innerhalb der „Neuen Rechten“ vertritt Volkmar Woelk die These, dass das historische Konzept eines „Dritten Weges“ jenseits von Kapitalismus und Kommunismus sowie „nationalrevolutionäre“ und nationalbolschewistische Ideen innerhalb der französischen extremen Rechte eine Renaissance erfahren.

Renate Bitzan analysiert das Phänomen des „nationalen Feminismus“. Sie stellt fest, dass lediglich eine Minderheit extrem rechter Frauen einen „nationalen Feminismus“ vertritt, dem durch eine Schärfung des eigenen Feminismus-Begriffs zu begegnen sei.

Richard Gebhardt untersucht den Begriff des „völkischen Antikapitalismus“, der ein zentrales Strategie- und Ideologieelement der extrem Rechten darstellt. Mit Parolen wie „Global dient dem Kapital – Sozial geht nur national!“ oder „Kapitalismus – Feind der Völker!“ inszeniert sich vor allem die NPD als Vertreter der „kleinen Leute“. Wirtschaftspolitisch vertritt sie das Konzept einer „raumorientierten Volkswirtschaft“, das aus rassistischen und völkischen Korporationselementen besteht.

Weiterhin analysiert Fabian Virchow die Bemühungen innerhalb der extremen Rechten, sich selbst als „Friedensbewegung“ auszuweisen, wobei Symbole und Aktionsformen der Linken übernommen und mit rechten Inhalten gefüllt werden.

Das Phänomen „Autonome Nationalisten“, die auf subkultureller Ebene Ästhetiken und kulturelle Konzepte der linken Bewegung adaptieren, wird von Lenard Suermann diskutiert. Diesen „stilistische Bruch mit vorangegangenen Generationen“ der extremen Rechten sieht Suermann als ein „ausgeprägtes Spiel mit Provokationen“ an, die dem Neonazismus eine „zeitgemäße Ausdrucksform“ gibt.[1]

Anschließend gehen Christoph Schulze und Regina Wamper auf die Aneignung der extremen Rechten von Hardcore und Straight Edge ein, was als Ausdruck eines Generationswechsels in der extrem rechten Subkultur verstanden wird.

Helmut Kellershohn beschäftigt sich mit der Konservativ-subversiven Aktion (KSA) um Götz Kubitschek vom Institut für Staatspolitik und Felix Menzel von der rechten Zeitung „Blaue Narzisse“, die sich im Namen auf die linke Gruppe „Subversive Aktion“ Ende der 1960er Jahre bezieht. Die KSA adaptiert linke Protestformen der 68er-Bewegung; ihr theoretischer Bezugsrahmen orientiert sich unter anderem an dem Werk „Der faschistische Stil“ Armin Mohlers aus dem Jahre 1973.

Regina Wamper und Britta Michelkens beschäftigen sich mit möglichen Gegenstrategien zur Aneignung linker Inhalte und Aktionsformen durch die extreme Rechte. Die beiden Autorinnen vertreten die Ansicht, dass linke Bewegungen eine Adaption von rechts nicht vollständig verhindern können. Eine „genauere“ Argumentation zu zentralen Themen könnte diskursive Anschlussstellen für die extreme Rechte vermindern. Eine Analyse rechter Interpretationen ist in diesem Zusammenhang unumgänglich.

Abschließend kritisiert Jens Zimmermann das Konzept der Extremismustheorie aus forschungspraktischer Perspektive und stellt Alternativen im Bereich der empirischen Forschung vor.

Insgesamt gesehen lässt sich feststellen, dass der Sammelband in überzeugender Weise darstellt, wie Themenfelder, die lange Zeit eine linke Deutungshoheit besaßen, von den extremen Rechten entwendet und nationalistisch umgedeutet werden. Ohne die Kenntnis dieses Phänomens ist eine profunde Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der BRD kaum mehr möglich. Deshalb ist eine Lektüre dieses Buches zu empfehlen.

Allerdings fehlt in der Untersuchung der Adaption von rechts eine Auseinandersetzung mit dem so genannten Nationalanarchismus in der BRD. „Nationalanarchisten“ sind in Querfrontstrategien den extremen Rechten zuzuordnen; es wird versucht, den Anarchismus zu ihren Gunsten umzudeuten und ihm einen wie auch immer gearteten nationalen Charakter zuzusprechen.

Michael Lausberg

1 Vgl. S. 189

Wamper, Regina/Kellershohn, Helmut/Dietzsch, Martin (Hrsg.): Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Unrast-Verlag, Münster 2010, ISBN

Dr. Frey hofiert den Iran

Nationalzeitung Nr. 24
10. Juni 2011

Dr. Frey mag die Kanzlerin Merkel nun überhaupt nicht: Frau, evangelisch, mit einer DDR-Biografie, das ist nicht sein Ding. Da setzt er schon mehr auf den Iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschads. Wen wunders?:
„Merkels Hass ging soweit, einen überaus freundlichen persönlichen Brief Ahmadinedschads an sie … mit Beschimpfungen zu quittieren und nicht zu beantworten. Die Bundeskanzlerin stellte sich an die Spitze der Agitatoren gegen Teheran und forderte immer schärfere Sanktionen gegen unseren alten Freund, während sie in den Vereinten Nationen die deutsche Delegation gegen die große Mehrheit der Völker stimmen ließ und eine Verurteilung Israels für dessen zahlreiche Rechtsbrüche entschieden ablehnte."

Feuer und Flamme

Junge Freiheit Nr. 23/11
vom 3. Juni 2011

Das Blatt berichtet unter der Überschrift „Feuer und Flamme für die Heimat" über das revisionistische Ostpreußentreffen. Es behauptet über den Verband, er sei nach der Flucht der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen vor der Roten Armee entstanden: Davon kann keine Rede sein. Der Verband ist von einigen ehemaligen deutschen Siedlern in Ostpreußen gegründet worden, viele umgesiedelte deutsche Staatsbürger sind diesem Verband aus guten Gründen nie beigetreten. Begeistert berichtet das Blatt über den Nachwuchs: Der „Bund Junges Ostpreußen" verteilt ein Flugblatt mit dem Motto „Feuer und Flamme für die Heimat" – nicht klar ist, wie wörtlich dieses Motto gemeint ist.

In einem Übersichtsartikel bereitet das Blatt auf die diversen Treffen von Burschenschafts-Dachverbänden vor und lobt, die Treffen der Dachverbände trügen zu den Einnahmen der Gewerbetreibenden der Orte bei, die die Herren für ihre Treffen auserkoren haben. Auch hier kommt die Flamme ins Spiel. In einer Bildunterschrift „Deutsche Burschenschafter mit Fackeln: Flamme, nicht Asche weitertragen" behauptet das Blatt, es gebe Feuer ohne Asche. Das deutschnationale Getue ist brandgefährlich, zumal in der nächsten Ausgabe berichtet wird, die rechte Dachorganisation Deutscher Bund diskutiere über eine Satzungsänderung, um sicherzustellen, dass nur Männer mit deutschen Eltern und Großeltern Mitglied werden dürfen.

Südtirol: Erneut nationalistische Töne

Junge Freiheit Nr. 24/11
vom 10. Juni 2011

Obwohl die Südtirol-Fragen seit Anfang der 90er Jahre von Italien und Österreich als gelöst bezeichnet wird, berichtet das Blatt in drei Artikeln über „50 Jahre Feuernacht", den angeblichen Höhepunkt des „Freiheitskampfes der Tiroler gegen die italienische Besatzung". In der Nacht vom 11. zum 12. Juni 1961 sprengten Mitglieder des sogenannten „Befreiungsauschuss Südtirol" etwa 40 Hochspannungsmasten, um ihrer Forderung nach einem Wiederanschluss an Österreich Nachdruck zu verleihen. Heute beschwert sich das Blatt, dass diese Kämpfer nach wie vor von Italien gerichtlich verfolgt werden. Viel gefährlicher aber ist die Behauptung des Blattes, in Südtirol entwickele sich erneut eine Bewegung für die Loslösung von Italien. Und es beschwert sich, die „Aktivisten" würde in eine rechtsradikale Ecke gedrängt – die großdeutschen Bestrebungen gehören aber genau dorthin.

Berlin – nationale Frage?

Junge Freiheit Nr. 25/11
vom 17. Juni 2011

Der Kalender hat dazu geführt, dass diese Ausgabe am Datum des Aufstandes in der DDR erscheint. Das ist dem Blatt Anlass genug, einen Mischmasch aus den Fragen, ob die Bundesbehörden in Bonn aufgelöst werden sollen und vollständig nach Berlin übersiedeln, ob die Eurokrise überwunden werden kann und welche Bedeutung der Aufstand am 17. Juni hatte, zu erzeugen. Dieser Mischmasch soll vor allem dazu dienen, die nationale Frage mal wieder zu stellen und den „Rückbezug auf die Nation" zu stärken. Der angebliche Antinationalismus der „politischen Klasse" macht dem Blatt zu schaffen und so muss jetzt ein „Bekenntnis" zu Berlin als alleiniger Hauptstadt her.

Europa-Frage in der Diskussion

Junge Freiheit Nr. 26/11
vom 24. Juni 2011

Der Blattautor Thorsten Hinz wirft ein neues Herangehen an die europäische Frage auf. Das Blatt ist sich sicher, das die EU in einer existenzgefährdenden Krise steckt und überlegt nun, was an ihre Stelle treten könne. Ein einfaches Zurück zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts gibt es auch nach Auffassung des Blattes nicht: „Nachdem die linke, ideologische, mit den Interessen Amerikas kompatible Variante von Europa gescheitert ist, muss eine rechte, pragmatische entworfen werden…" Das sind neue Töne in der rechten Debatte – wie das Europa aussehen soll, bleibt im Dunkeln. Die Bestrebungen Adenauers und anderer europäischer Politiker, die mit der Gründung der EG den Grundstein für die EU gelegt haben, als „linke Variante" zu bezeichnen, lässt für die rechtsextreme Schlimmes befürchten.

Nationale schüren Zwistigkeiten bei CDU und CSU

Nationalzeitung Nr. 26
24. Juni 2011

Dr. Frey lässt sich nicht nehmen auf seine alten Tage doch noch in der großen Politik mitspielen zu wollen. Unter der Überschrift „Was ist aus CDU und CSU geworden?" hoffiert er die alten CDU/CSU-Politiker und hetzt der Alt-DVUler und Möchtegern-NPDler Dr. Gerhard Frey gegen Kanzlerin Merkel. Originalton:
„Porf. Erhard von der CDU und Dr. Schäffer von der CSU ebneten unserer überaus tüchtigen Bevölkerung den Weg zum Wirtschaftswunder und zum Wiederaufstieg. Merkel und Genossen aber bauen Rettungsschirme über Hunderte Milliarden Euro für total verschuldete Euro-Partner und überfrachten die Mitteleuropäer mit todgefährlichen Risiken … Merkel, Joschka Fischer und Özdemir haben vor allem den heißen Wunsch gemeinsam, den deutschen Nationalstaat irreversibel abzuschaffen."

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507